

Wilfried Marxer

VOLKSABSTIMMUNG «KRANKENVERSICHERUNGSGESETZ» VOM 13. DEZEMBER 2015

ERGEBNISSE EINER UMFRAGE



Herausgeber:

Liechtenstein-Institut

www.liechtenstein-institut.li

Autor:

Wilfried Marxer

(wilfried.marxer@liechtenstein-institut.li)

doi:10.13091/li-aktuell-2016-1

Mit LI AKTUELL präsentiert das Liechtenstein-Institut möglichst zeitnah Ergebnisse von Untersuchungen und zentrale Inhalte von Vorträgen. Dabei steht die Visualisierung, angereichert mit kurzen Erklärungstexten, im Vordergrund. Für ausführlichere wissenschaftliche Veröffentlichungen sei auf das weitere Schrifttum der Forschenden verwiesen (Monografien, Zeitschriftenaufsätze, Beiträge in Sammelbänden, Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut etc.).

© Liechtenstein-Institut, BERN, 2016



Zusammenfassung

Am 13. Dezember 2015 wurde über die vom Landtag am 1. Oktober 2015 beschlossene Abänderung des Gesetzes über die Krankenversicherung (KVG) abgestimmt. Gegen den Landtagsbeschluss war erfolgreich ein Referendum ergriffen worden. Mit 2'636 Unterschriften wurde die erforderliche Zahl von 1'000 Unterschriften deutlich übertroffen.

Mit einer Mehrheit von 53,2 Prozent der gültig abgegebenen Stimmen wurde die Vorlage des Landtags in der Volksabstimmung angenommen. Im Oberland gab es eine knappe Mehrheit von 50,2 Prozent für die Vorlage, im Unterland eine deutliche Mehrheit von 58,6 Prozent.

Das Liechtenstein-Institut führte im Nachgang zur Volksabstimmung eine repräsentative Meinungsumfrage durch, um die Beweggründe der Stimmberechtigten in der Volksabstimmung in Erfahrung zu bringen.

ENTSCHEIDZEITPUNKT

Die Stimmberechtigten lassen sich betreffend den Zeitpunkt ihrer Entscheidung in drei Lager einteilen: Für rund ein Drittel der Stimmberechtigten war von Anfang an klar, wie sie sich an der Abstimmung verhalten würden, rund ein Drittel wusste dies mehrere Wochen vor der Abstimmung, etwa ein Drittel konnte sich erst kurz vor der Abstimmung – etwa eine Woche vorher oder noch



Abstimmungsdiskussion auf 1-FL-TV (v.l.): Heinz Vogt vom Referendumskomitee fL21, Moderator Peter Kölbel und Mauro Pedrazzini, Gesundheitsminister (Screenshot).

später – entscheiden. Bei den früh Entschiedenen waren die Nein-Abstimmenden – also die Gegner der KVG-Revision – in der Mehrheit, im Verlaufe der Diskussion bis hin zur Abstimmung holte das Ja-Lager dann allerdings auf und erreichte am Ende insgesamt eine Mehrheit.

Wer bezüglich der Pro- oder Contra-Argumente eine klare Präferenz aufwies, konnte sich sehr viel früher für ein Ja oder Nein an der Urne entscheiden. Dies ist nicht sehr überraschend. Hingegen wird deutlich, dass der Anteil der Unentschlossenen und aufgrund der Pro- und Contra-Argumentation

Zusammenfassung

Verunsicherten höher war als bei anderen Abstimmungen.

Wer hat mit Ja gestimmt, wer mit Nein? Es zeigt sich, dass die meisten soziodemografischen Merkmale – Alter, Geschlecht, Ausbildung u.a. – das Abstimmungsverhalten nicht oder nur marginal erklären können. Das Gleiche gilt für grundsätzliche Einstellungen und Werthaltungen, etwa die Positionierung auf einer Links-Rechts-Achse, konservative oder progressive Grundhaltung, Einstellungen zu Fragen der aussenpolitischen Öffnung, des Umweltschutzes, der Chancengleichheit.

VERTRAUEN IN INSTITUTIONEN

Markanten Einfluss auf das Abstimmungsverhalten weisen das Vertrauen in die Regierung, die Zufriedenheit mit der Demokratie und das Vertrauen in den Sozialstaat auf. Wer bei diesbezüglichen Fragen stärkeres Vertrauen und Zufriedenheit äussert, hat auch eher der KVG-Vorlage zugestimmt. Einen Zusammenhang mit dem Abstimmungsverhalten weist zudem die Parteiidentifikation auf. Die Anhängerschaft der FBP und der DU haben mit grosser Mehrheit (rund 80 Prozent) der KVG-Vorlage zugestimmt und sind somit den betreffenden Parteiempfehlungen gefolgt. Umgekehrt haben die Anhänger der FL die Vorlage zu zwei Dritteln entsprechend

der Empfehlung der FL abgelehnt. Bei den VU-Anhängern zeigt sich in der Umfrage eine knappe Ablehnung der Vorlage.

UNTERSCHIEDLICHES ABSTIMMUNGS- VERHALTEN OBERLAND-UNTERLAND

Mit Verwunderung wurde das unterschiedliche Abstimmungsverhalten im Ober- und Unterland zur Kenntnis genommen. Die Analyse der Umfragedaten lässt vermuten, dass eine Mischung der genannten Faktoren – Parteibindung, Demokratiezufriedenheit, Regierungsvertrauen und Vertrauen in den Sozialstaat – wesentlich den Unterschied im Abstimmungsverhalten in den beiden Wahlkreisen erklärt.

INFORMIERTHEIT

Besonders deutlich unterscheiden sich die Zustimmungenden und Ablehnenden in der Bewertung von Argumenten zur KVG-Vorlage. Alle Aussagesätze, die sich auf entsprechende Argumente in der Abstimmungskampagne stützen, werden von den Zustimmungenden und Ablehnenden extrem unterschiedlich bewertet. Es zeigt sich auch, dass bei den Befragten klare Meinungen zu den Argumenten vorliegen und dass das Abstimmungsverhalten weitgehend kongruent ist mit der Einschätzung und Bewertung von Pro- und Contra-Argumenten.

GRÜNDE FÜR ZUSTIMMUNG

Auf die offene Frage, was die Zustimmungenden zu einem Ja an der Urne bewogen hat, rangiert an oberster Stelle die Aussage, dass endlich etwas vorwärts gehen müsse. Es folgen Argumente zur besseren Kontrolle der Ärzte und Leistungserbringer, die Hoffnung, das Kostenwachstum mit der KVG-Vorlage zu bremsen und Prämien bezahlbar zu halten, ferner auch ein positives Feedback auf die Pro-Kampagne.

GRÜNDE FÜR ABLEHNUNG

Bei denjenigen, die die Vorlage abgelehnt haben, überwiegt das Argument, dass es un-solidarisch gegenüber Alten, Kranken und sozial Schwachen sei. An zweiter Stelle rangiert der Unmut über die Kampagne der Befürworter beziehungsweise der Regierung. Es werden auch Zweifel an der kostendämpfenden Wirkung der KVG-Vorlage sowie Kritik am Sozialabbau und an der Sparpolitik der Regierung geäussert.

Zum Ausgang der Volksabstimmung gefragt, hat die Mehrheit der Befragten mehr ablehnende Stimmen zur KVG-Vorlage erwartet.

Am 1. Oktober 2015 verabschiedete der Landtag mit 19 Ja- und 6 Nein-Stimmen die Regierungsvorlage zur Abänderung des Gesetzes über die Krankenversicherung (KVG) und weiterer mit dieser Revision zusammenhängender Gesetze. Aufgeteilt nach Parteien sah das Ergebnis wie folgt aus: FBP 8:2; VU 7:1; DU 4:0; FL 0:3. Die beiden Regierungsparteien FBP und VU stimmten mit klarer Mehrheit für die Vorlage, die DU-Fraktion sogar geschlossen dafür, während die FL geschlossen gegen die Vorlage votierte.

In der von der Regierung herausgegebenen «Information zur Volksabstimmung» sind die wesentlichen Pro- und Contra-Argumente zusammengefasst. Auf je einer Seite nehmen dort die Regierung und das Referendumskomitee fL21 Stellung zur KVG-Vorlage und geben ihre Abstimmungsempfehlungen ab.

Aus Sicht der Regierung sollte die KVG-Revision insbesondere das Kosten- und Mengenwachstum bremsen, für bezahlbare Prämien sorgen, die Transparenz und Vergleichbarkeit im Gesundheitswesen erhöhen und die Leistungserbringer stärker in die Pflicht nehmen.

Das Referendumskomitee fL21 kritisierte die KVG-Vorlage als unsozial und unsolidarisch gegenüber Kranken, älteren Menschen und sozial Schwachen. Eine Kostenbremse

könne damit nicht erreicht werden. Im Zusammenhang mit vorangegangenen Entscheidungen von Landtag und Regierung – Streichung der NBU-Subventionen, Kürzungen bei Stipendien, Verteuerung des öffentlichen Verkehrs etc. – sowie angekündigten Massnahmen bei der AHV finde ein Sozialabbau in Salomitaktik statt. Ferner wurde kritisiert, dass sich Besserverdienende mit einem höheren Selbstbehalt aus der solidarischen Kostenbeteiligung herausnehmen könnten.

Am 6. Oktober wurde der Gesetzesbeschluss des Landtags in den Landeszeitungen zum Referendum ausgeschrieben. Eine Gruppe namens fL21 formierte sich und sammelte in der Folge Unterschriften für das Referendum. Die Gruppe bestand grossteils aus Seniorinnen und Senioren, mehrheitlich aus dem Oberland. Auf der eigens eingerichteten Website (www.fl21.li) wurden folgende Personen genannt: Adolf Heeb, Heinz Vogt, Walter Bruno Wohlwend, Walter Noser, Christl Gstöhl, Alfons Schädler, Günther Wohlwend, Arnold Laternser und Karl Jehle.

Die Unterschriftensammlung verlief sehr erfolgreich. Am 5. November wurden 2'636 beglaubigte Unterschriften bei der Regierungskanzlei eingereicht. Die Regierung legte den Abstimmungstermin auf den 13. Dezember 2015 fest.

PRO-LAGER

- Regierung
- FBP
- VU
- DU
- Krankenkassenverband
- Wirtschaftskammer

CONTRA-LAGER

- Referendumskomitee fL21
- FL
- Seniorenbund
- Ärzteschaft (ohne direkte Abstimmungsempfehlung)

In den folgenden Wochen entwickelte sich eine lebendige Auseinandersetzung über die KVG-Vorlage, die mit Veranstaltungen, Leserbriefen und anderen Stellungnahmen in den Zeitungen, Interviews und kontroversen Diskussionen auf Radio L und 1-FL-TV, mittels Hauswurfsendungen sowie auch durch je eigene Internetauftritte bestritten wurde. Neben der Website von fL21 schuf auch die Regierung eine spezielle Website zur KVG-Revision (www.kvgrevision.li).

Hauptakteure waren auf der einen Seite Vertreterinnen und Vertreter des Referendumskomitees – unterstützt von weite-

Abstimmungshistorie

ren Leserbriefschreibern –, andererseits insbesondere Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini als Vertreter der Regierung, unterstützt ebenfalls von Leserbriefschreibern. Der Krankenkassenverband und die Wirtschaftskammer votierten öffentlich vernehmbar für die KVG-Vorlage, ebenso die FBP, die VU und DU. Die Ärzteschaft und weitere Leistungserbringer hielten sich in der Abstimmungskommunikation weitgehend zurück. Die FL nahm Stellung gegen die Vorlage, ebenso der Seniorenbund.

Illustrationen: Seniorenbund-Blättli vom Dezember 2015, S. 1, sowie Inserate der Regierung und des Referendumskomitees fL21 in den Landeszeitungen.

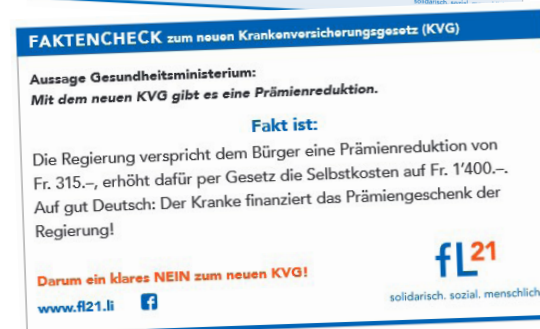
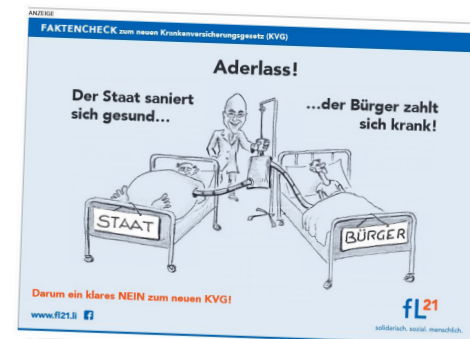
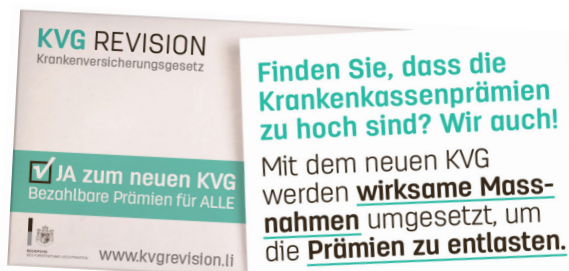


Seniorenbund für ein NEIN zum KVG!

Am Sonntag, den 13. Dezember 2015, findet in Liechtenstein die von 2600 unterschreibsberechtigten Stimmbürger/innen verlangte Volksabstimmung zum KVG statt.

Der LSB bittet alle stimmberechtigten Seniorinnen und Senioren ihre demokratischen Rechte wahrzunehmen und an der Volksabstimmung teilzunehmen.

Auf den Seiten 3 und 4 dieser Ausgabe finden Sie nochmals eine Zusammenfassung jener Argumente, welche für den LSB zu einem klaren NEIN zum KVG führen. Vielen Dank für Ihre Unterstützung.



Volksabstimmung: Amtliches Ergebnis

Reihenfolge der Gemeinden in der Grafik
gemäss Auflistung in Art. 1 der Verfassung
sowie www.abstimmung.li.

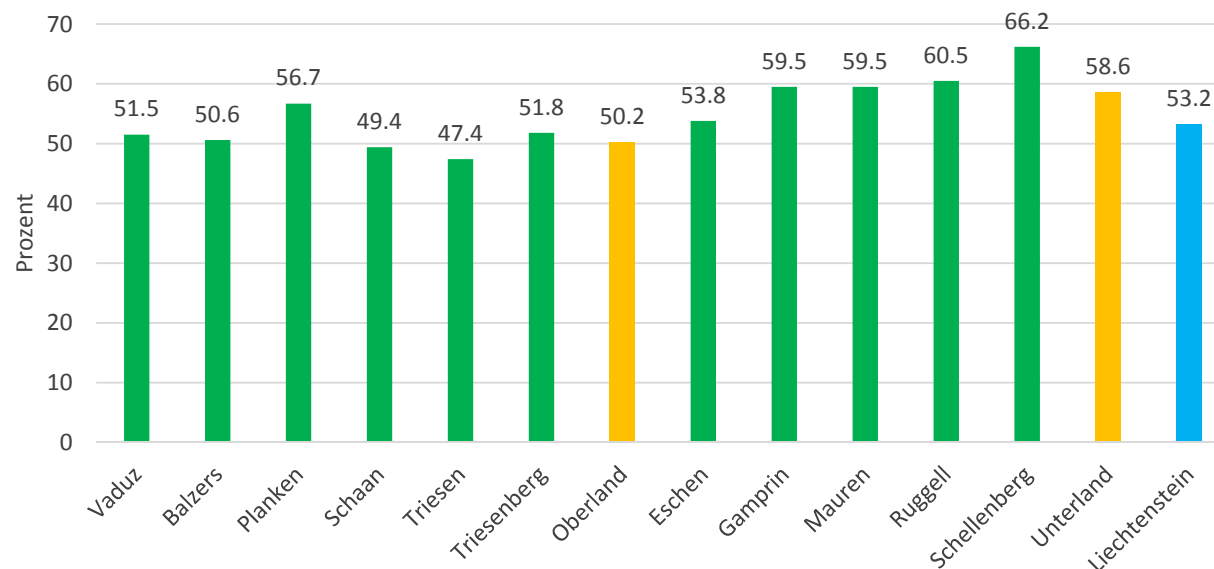
	Zahl
Stimmberechtigte	19'649
Abgegebene Stimmkarten	13'059
Stimmbeteiligung	66.5%
Total gültige Stimmen	12'710
Ja zur KVG-Vorlage	6'764
Nein zur KVG-Vorlage	5'946
Zustimmung zur KVG-Vorlage	53.2%

Die Vorlage zur Revision des Krankenversicherungsgesetzes erhielt 53,2 Prozent Zustimmung und wurde somit in der Volksabstimmung angenommen.

Die vom Landtag am 1. Oktober 2015 beschlossenen Abänderungen des Gesetzes über die Krankenversicherung sollten somit wie vorgesehen am 1. Januar 2017 in Kraft treten, einige Artikel unbestimmten Datums am Tag nach der Kundmachung.

Die Zustimmung zur KVG-Vorlage fiel im Unterland um 8,4 Prozentpunkte höher aus als im Oberland. Im Oberland fand die Vorlage mit 50,2 Prozent Ja-Anteil nur eine knappe Mehrheit.

Abb. 1: Zustimmung zur KVG-Vorlage (in Prozent)



Am stärksten war die Zustimmung in Schellenberg, gefolgt von weiteren Unterländer Gemeinden: Ruggell, Mauren und Gamprin. Lediglich in Schaan (49,4%) und Triesen (47,4%) wurde die Vorlage abgelehnt.

Die am Abstimmungstag und am Montag in den Zeitungen publizierten Resultate wurde nach der Prüfung durch die Landeskommmission in einigen Gemeinden um wenige Stimmen korrigiert. Ein gravierender Fehler war der Gemeinde Triesenberg unterlaufen. Dort wurden aus Versehen 36

Ja-Stimmen den Nein-Stimmen zugeordnet. Statt einer anfänglich gemeldeten Ablehnung (48,6 Prozent Ja-Stimmen) kippte das Resultat damit in Triesenberg zu einer Zustimmung von 51,8 Prozent. Im Oberland wurde das Resultat von 49,7 Prozent auf 50,2 Prozent korrigiert, im Land von 52,9 auf 53,2 Prozent.

Unterschriftensammlung und Abstimmungsergebnis

Korrelation nach Pearson: Unterschriftenanteil
und Ja-Stimmen-Anteil in den 11 Gemeinden =
-.512 (nicht signifikant)

Das Soll an Unterschriften (1'000) wurde mit 2'636 gültigen Unterschriften deutlich über-
troffen.

Die Unterschriftensammlung verlief im
Oberland und Unterland ähnlich erfolgreich:
Während im Oberland 13,3 Prozent aller
Stimmberechtigten eine gültige Unterschrift
unter die Sammelbogen setzten, betrug die-
ser Anteil im Unterland 13,6 Prozent.

Die höchsten Werte wurden in Eschen
(17,4%) und Planken (15,5%) erzielt, die
niedrigsten Werte in Schellenberg (8,9%)
und Gamprin (10,4%).

Theoretisch könnte man davon ausgehen,
dass in Gemeinden, in denen ein hoher Anteil
an Unterschriften für das Referendum ge-
sammelt wurde, die Zustimmung zur KVG-
Vorlage schwächer als in anderen Gemein-
den ausfallen würde. Denn einerseits könnte
dies ein Ausdruck von besonders negativer
Einstellung zur Vorlage sein, andererseits
kann mit der Unterschriftensammlung auch
ein Informations- und Mobilisierungseffekt
einhergehen.

Das Abstimmungsergebnis weist statis-
tisch betrachtet jedoch keine signifikante

Unterschriften und Stimmverhalten nach Gemeinden

Gemeinde	Stimm- berechtigte	Gültige Unter- schriften	Unterschreibende (Prozent)	Zustimmung zur KVG-Vorlage (Prozent)
Vaduz	2'629	350	13.3	51.5
Balzers	2'630	380	14.4	50.6
Planken	252	39	15.5	56.7
Schaan	3'003	349	11.6	49.4
Triesen	2'575	361	14.0	47.4
Triesenberg	1'697	226	13.3	51.8
OBERLAND	12'786	1'705	13.3	50.2
Eschen	2'200	382	17.4	53.8
Mauren	2'001	247	12.3	59.5
Gamprin	871	91	10.4	59.5
Ruggell	1'197	158	13.2	60.5
Schellenberg	594	53	8.9	66.2
UNTERLAND	6'863	931	13.6	58.6
LAND	19'649	2'636	13.4	53.2

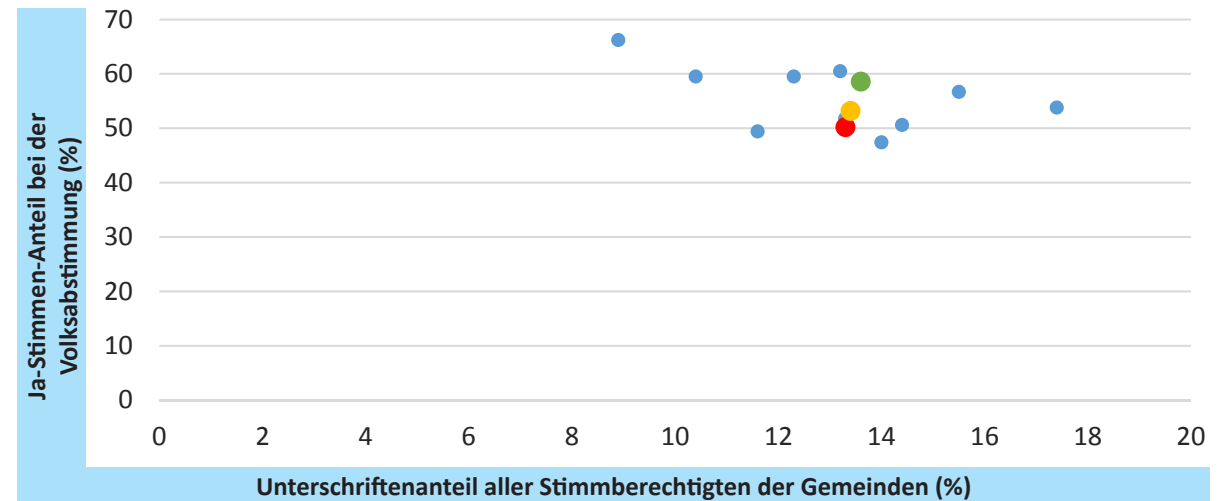
Quelle: www.abstimmung.li (Eigene Berechnungen)

Unterschriftensammlung und Abstimmungsergebnis

Korrelation mit dem Anteil der in den einzelnen Gemeinden gesammelten Unterschriften auf. Der Korrelationskoeffizient von -0.512 deutet allerdings auf einen negativen Zusammenhang hin. Niedrige Unterschriftenzahl und hohe Zustimmung zur KVG-Vorlage sind zwar nicht linear korreliert. Ein Zusammenhang ist aber nicht auszuschliessen, wie aus dem Punktdiagramm ersichtlich ist. Die geringe Fallzahl (11 Gemeinden) verhindert allerdings, dass die Korrelation als statistisch signifikant betrachtet werden kann.

Das unterschiedliche Abstimmungsverhalten zwischen Oberland und Unterland lässt sich allerdings nicht auf diesen Faktor zurückführen, da in beiden Wahlkreisen im Verhältnis zu den jeweiligen Stimmberechtigten fast gleich viele Unterschriften gesammelt wurden.

Abb. 2: Unterschriftenanteil und Zustimmung zur KVG-Revision in den Gemeinden (rot=Oberland, grün=Unterland, gelb=Land)



Umfrage zur Volksabstimmung

Im Auftrag des Liechtenstein-Instituts wurde eine telefonische Meinungsumfrage unmittelbar nach der Volksabstimmung durchgeführt, die bereits nach fünf Tagen, also am Freitag nach der Volksabstimmung vom 13. Dezember 2015, abgeschlossen werden konnte.

Im Segment der Altersgruppe der 18- bis 34-Jährigen wurde die Quotenvorgabe unterschritten. In der Datenauswertung wird mit einem Gewichtungsfaktor gearbeitet, welcher sowohl die Abweichungen der Alterssegmente von der Grundgesamtheit, differenziert nach Männern und Frauen, wie auch die Abweichung vom Abstimmungsergebnis (Zustimmende und Ablehnende) ausgleicht.

In der Umfrage erfasste Personen (vor Gewichtung)	
Stimmverhalten	Fälle
Ja zur KVG-Vorlage	268
Nein zur KVG-Vorlage	171
Abstimmende	439
Ungültig/Leer	4
Nicht abgestimmt	50
Weiss nicht / keine Angabe	8
TOTAL	501

Informationen zur Datenerhebung

Auftraggeber	Liechtenstein-Institut
Umfrageinstitut	DemoScope, Adligenswil/CH
Fragebogen	Vom Auftraggeber erstellt
Methode	CATI (Computer Assisted Telephone Interviewing)
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte in Liechtenstein
Stichprobengrösse (realisierte Interviews)	501
Stichprobenziehung	Random-Quota
Quotierung	Nach Altersgruppen und Geschlecht
Feldzeit	14. bis 18. Dezember 2015
Vertrauensbereich (Messgenauigkeit)	Maximal +/- 4,4 % bei 95 % Sicherheit
Daten	SPSS-Datensatz
Gewichtung	Nach Altersgruppen/Geschlecht, Stimmentscheid

Für die statistische Auswertung werden basierend auf den Umfragedaten teilweise neue Variablen gebildet.

Bei bivariaten Analysen (Kreuztabellen) wird als Assoziationsmass Cramer-V mit Werten zwischen 0 und 1 angegeben, wobei ein hoher Wert auf einen starken Zusammen-

hang von zwei Variablen hinweist. Die Signifikanz des Zusammenhangs wird mit n.s. (nicht signifikant) oder mit dem betreffenden Wert ausgewiesen. Werte sig < .050 gelten als schwach signifikant, sig < .010 als stark signifikant, sig < .001 als hoch signifikant.

Hauptsächliche Gründe für Zustimmung zur KVG-Vorlage

Filter: Nur Zustimmung

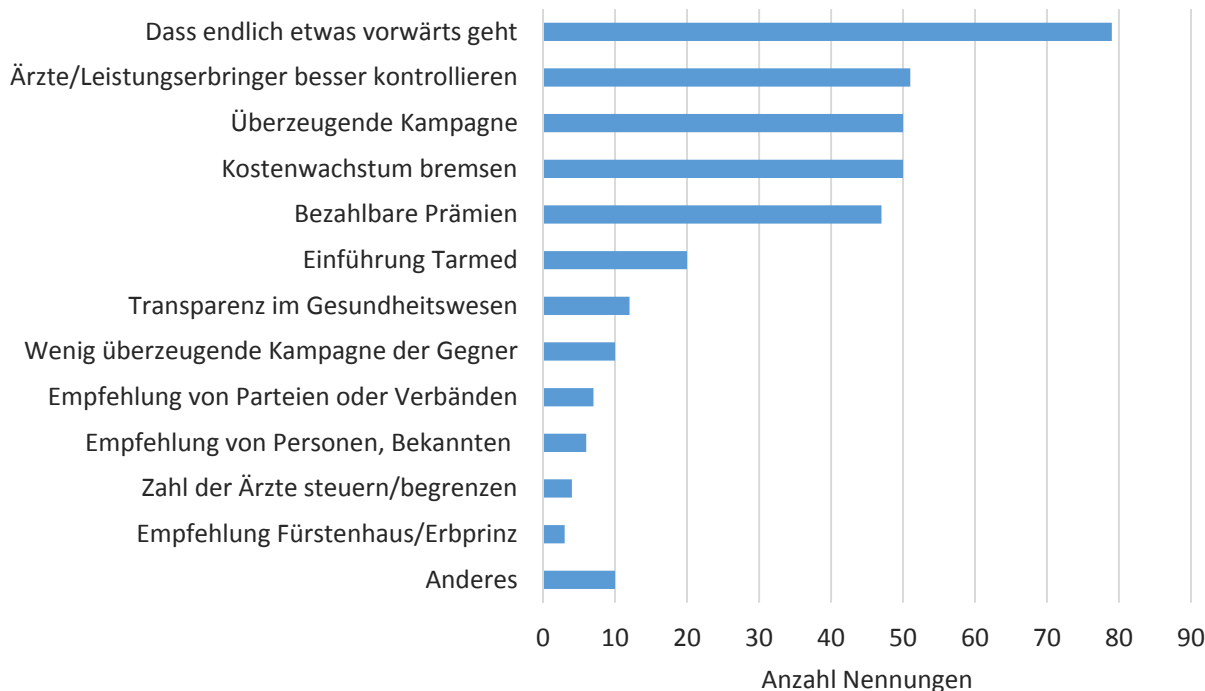
N = 268

Der am meisten genannte Grund für die Zustimmung zur KVG-Vorlage war, dass endlich etwas vorwärts gehen müsse. Aber auch diverse Kostenargumente wurden ins Feld geführt: Kostenwachstum bremsen, Prämien bezahlbar behalten, Leistungserbringer besser kontrollieren. Weniger oft wurde der Entscheid mit der Perspektive auf Einführung des Tarmed oder weiteren Argumenten begründet.

Die hauptsächlich von Regierungsrat und Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini geführte Kampagne für die KVG-Revision wurde von vielen Zustimmungenden ebenfalls speziell hervorgehoben und als überzeugend charakterisiert.

Die Frage nach den hauptsächlichen Gründen für die Zustimmung zur KVG-Vorlage wurde offen gestellt und die Antworten verschiedenen Antwortkategorien zugeteilt.

Abb. 3: Gründe für Zustimmung zur KVG-Vorlage (Mehrfachnennungen möglich; N=268)



Hauptsächliche Gründe für Ablehnung der KVG-Vorlage

Filter: Nur Ablehnende der KVG-Vorlage

N = 171

Das hauptsächliche Argument der Ablehnenden der KVG-Vorlage war, dass die Revision unsolidarisch gegenüber Alten, Kranken und sozial Schwachen sei. Viele kritisierten auch die Kampagne der Befürworter bzw. der Regierung und hegten Zweifel an der kostendämpfenden Wirkung der Vorlage sowie an den präsentierten Zahlen. Die Ablehnung war für einige ein Zeichen gegen Sozialabbau und die verschiedenen Sparprogramme. Weniger häufig wurde der (zu) hohe Selbstbehalt direkt angesprochen, auch die Ablehnung des Tarmed wurde selten genannt.

Die Frage nach den hauptsächlichen Gründen für die Ablehnung der KVG-Vorlage wurde offen gestellt und nachträglich verschiedenen Antwortkategorien zugeteilt.

Abb. 4: Gründe für Ablehnung der KVG-Vorlage (Mehrfachnennungen möglich; N=171)



Leeres oder ungültiges Abstimmen

Filter: Nur ungültig oder leer Stimmende

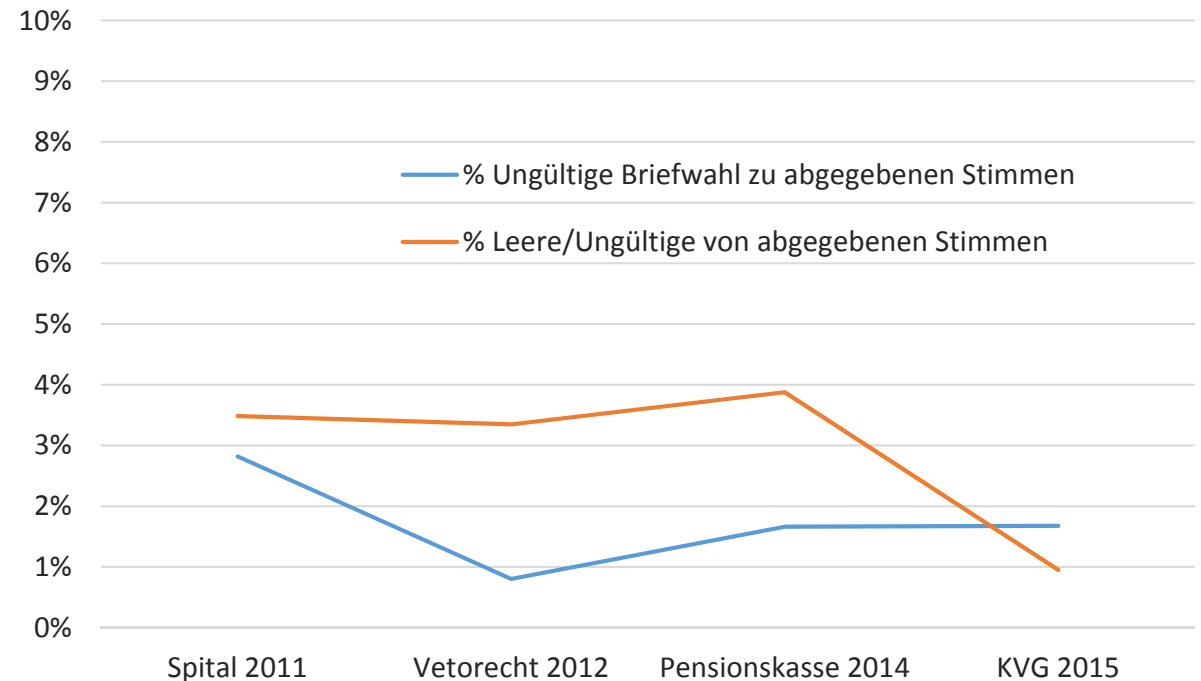
N = 4

Die wenigen Personen, die in der Umfrage angaben, leer oder ungültig abgestimmt zu haben, begründeten dies damit, dass sie sich nicht entscheiden konnten oder dass sie schlecht informiert gewesen seien bzw. die Materie zu kompliziert. Angesichts der geringen Fallzahl kann allerdings keine statistische Aussage getroffen werden.

In der Volksabstimmung wurde kein auffällig hoher Anteil an ungültigen Stimmen registriert. Insgesamt wurden 349 ungültige Stimmen registriert, 227 davon als brieflich nicht eingelegte Stimmkuverts oder ungültige Stimmabgabe, 122 als sonst ungültige oder leere Stimmkuverts.

Bei der KVG-Abstimmung bewegte sich der Anteil der ungültig eingereichten brieflichen Abstimmungsunterlagen etwa im Rahmen dessen, wie es bei früheren Abstimmungen der Fall war. Hinsichtlich der leeren und sonst ungültig abgegebenen Stimmen lässt sich hingegen festhalten, dass dieser Anteil deutlich tiefer als bei früheren Abstimmungen war.

Abb. 5: Verhältnis ungültige Briefwahl sowie sonst leere/ungültige Stimmen zu abgegebenen Stimmen (amtliche Angaben; eigene Berechnung; in Prozent)



Hauptsächliche Gründe für Nichtteilnahme an der Volksabstimmung

Filter: Nur Stimmberechtigte, die an der Volksabstimmung nicht teilgenommen haben

N = 50

33,5 Prozent der Stimmberechtigten haben an der Volksabstimmung zur KVG-Revision nicht teilgenommen.

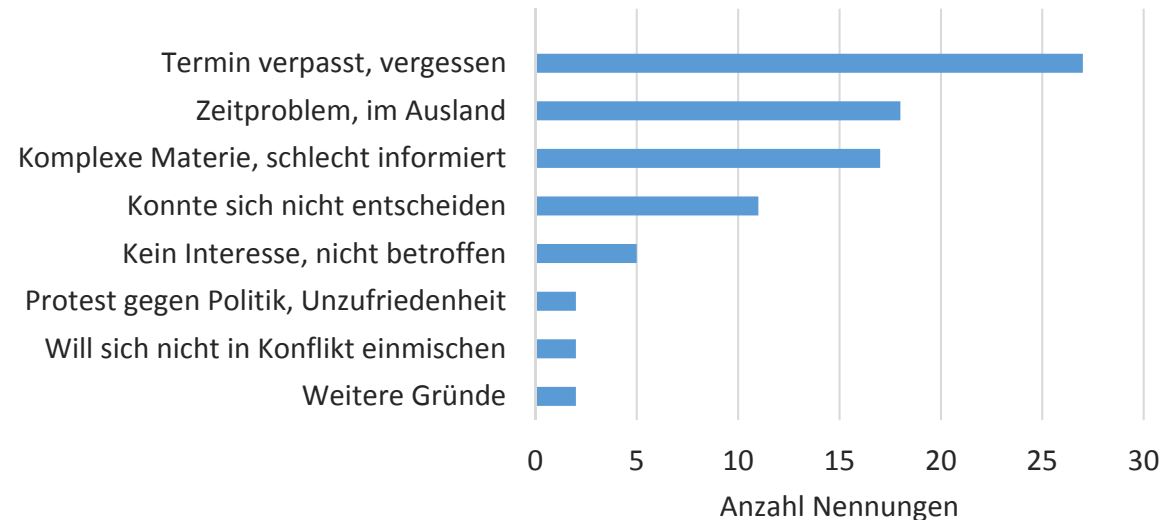
Da Abstimmungsabstinente meist weniger motiviert sind, über ihre Einstellung Auskunft zu geben, liegt deren Anteil bei Telefonbefragungen im Nachgang einer Abstimmung meist tiefer als bei der eigentlichen Abstimmung.

50 Befragte gaben an, an der Abstimmung nicht teilgenommen zu haben. Aufgrund der geringen Fallzahl und der geringen Antwortbereitschaft ist die Repräsentativität dieses Segmentes nicht gesichert und somit auch die Auswertung dieser Daten mit Unsicherheit behaftet.

Die Antworten deuten darauf hin, dass die Nichtteilnahme nicht mit Protest oder Unzufriedenheit einhergeht. Sachliche Probleme werden in den Vordergrund gestellt: Termin verpasst, Auslandsaufenthalt. Manche konnten sich aber auch nicht entscheiden, waren hin- und hergerissen oder überhaupt zu wenig gut über die Vorlage informiert, um an der Abstimmung teilzunehmen.

Hätten sich die Nichtteilnehmenden ent-

Abb. 6: Gründe für Nichtteilnahme an der Abstimmung (Mehrfachnennungen möglich; N=50)



scheiden müssen, hätte rund die Hälfte eher gegen die Vorlage gestimmt, rund ein Drittel für die Vorlage. Die anderen konnten sich nicht zu einem Pro oder Contra entschließen.

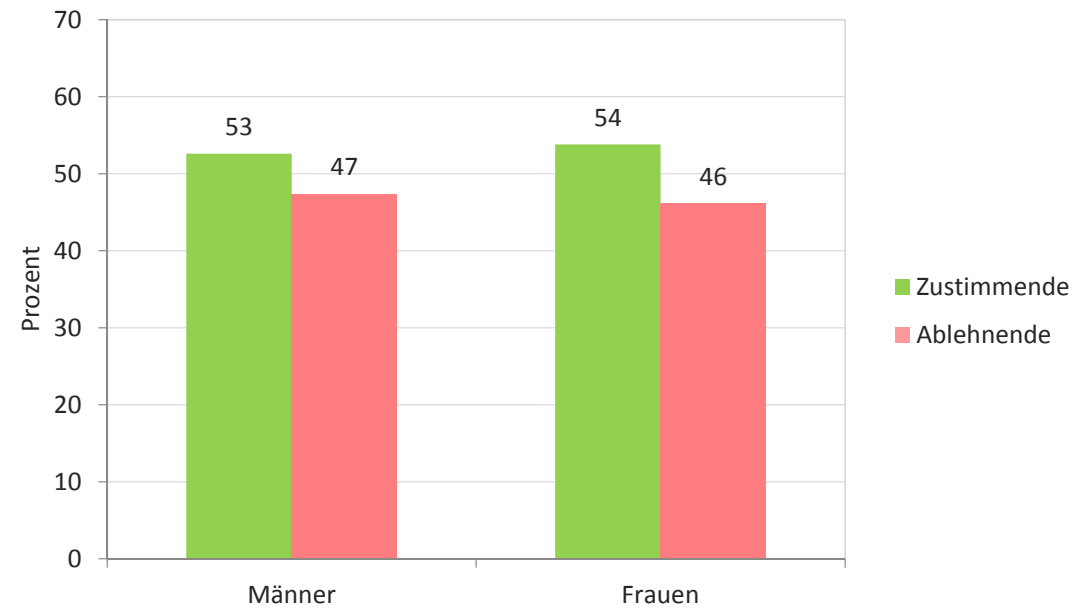
Die Frage nach den hauptsächlichen Gründen für die Nichtteilnahme an der Volksabstimmung wurde offen gestellt und nachträglich verschiedenen Antwortkategorien zugeteilt.

Stimmverhalten nach Geschlecht

Filter: Nur Zustimmung oder Ablehnende
N = 421 / Cramer-V = .012 (n.s.)

Das Abstimmungsverhalten von Frauen und Männern zeigt keine statistisch signifikante Differenz.

Abb. 7: Zustimmung und Ablehnung nach Geschlecht (in Prozent)



Stimmverhalten nach Alter

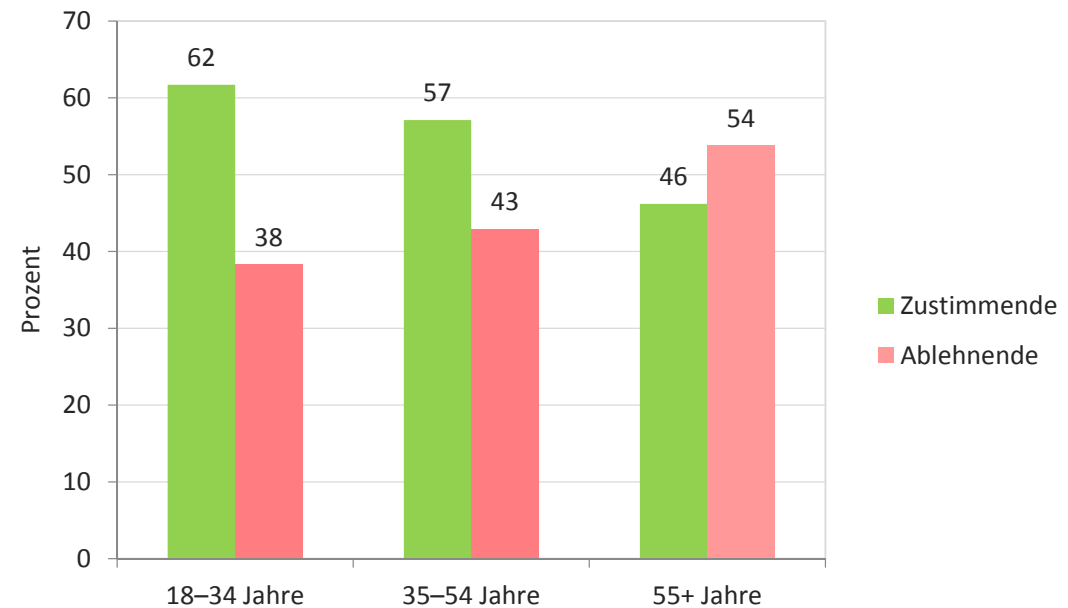
Filter: Nur Zustimmung und Ablehnende
Zusätzliche Gewichtung nach Stimmentscheid
N = 421 / Cramer-V = .128 (sig .031)

Die Zustimmung zur KVG-Vorlage hat mit dem Alter abgenommen. Im jüngsten Segment (18 bis 34 Jahre) haben 62 Prozent zugestimmt, im ältesten Segment (55+ Jahre) nur 46 Prozent.

Der Zusammenhang ist zwar nur schwach signifikant, aber er bleibt auch bestehen, wenn mit anderen Variablen kontrolliert wird, etwa nach Geschlecht, Wahlkreis, Bildung, Regierungsvertrauen, Vertrauen in den Sozialstaat und Demokratiezufriedenheit. Institutionenvertrauen und Demokratiezufriedenheit sind in allen Altersgruppen ähnlich hoch und zeigen keinen signifikanten Unterschied.

In der Pro- und Contra-Argumentation unterscheiden sich die Altersgruppen in einer einzigen Frage hochsignifikant. Es ist die Frage, ob das neue KVG vor allem gemacht worden sei, um den Staatshaushalt zu entlasten. Das finden 67 Prozent in der Altersgruppe 55+ (Zustimmungswerte zwischen 6 und 10 auf der 10er Skala), aber nur 48 Prozent der 35- bis 54-Jährigen beziehungsweise 43 Prozent der 18- bis 34-Jährigen. Die beiden älteren Altersgruppen plädieren auch etwas stärker als die Jungen für eine strengere Kontrolle der Ärzte und Leistungserbringer.

Abb. 8: Zustimmung und Ablehnung nach Alter (in Prozent)



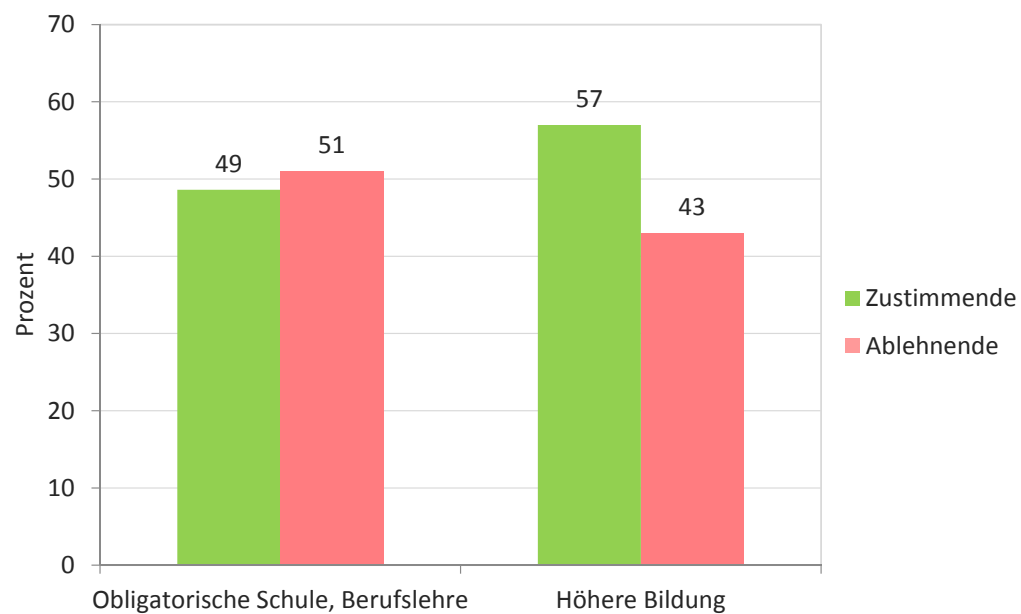
Stimmverhalten nach Ausbildung

Filter: Nur Zustimmung und Ablehnende

N = 419 / Cramer-V = .085 (n.s.)

Die Umfragedaten weisen auf eine höhere Zustimmung zur KVG-Vorlage im höheren Bildungssegment hin. Der Zusammenhang ist allerdings statistisch betrachtet nicht signifikant.

Abb. 9: Zustimmung und Ablehnung nach abgeschlossener Bildung (in Prozent)



Stimmverhalten nach politischem Interesse

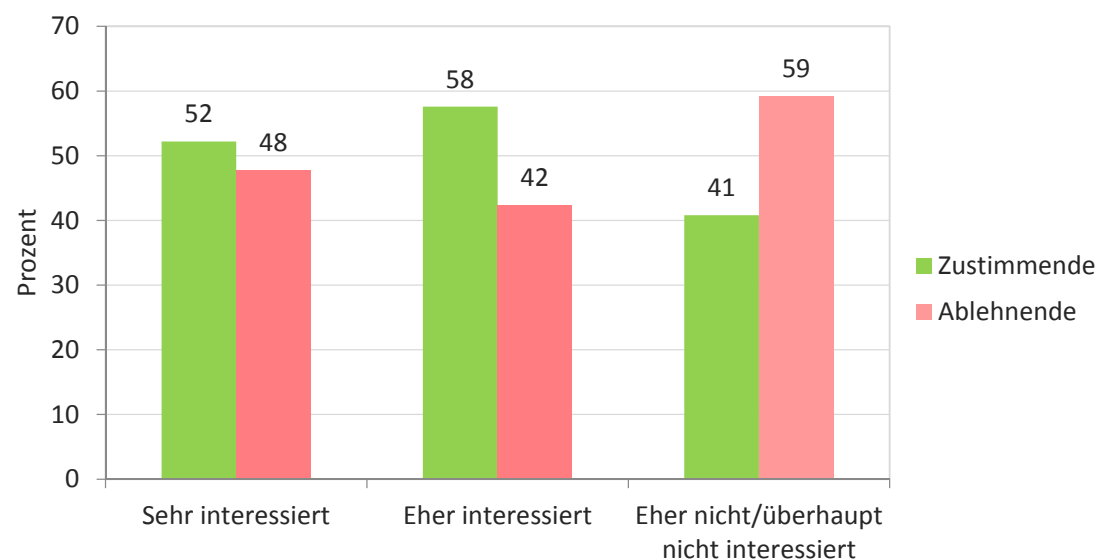
Filter: Nur Zustimmung und Ablehnende

N = 421 / Cramer-V = .104 (n.s.)

Insgesamt gaben 38 Prozent der Befragten an, dass sie an der Politik sehr interessiert sind, 47 Prozent sind eher interessiert, 15 Prozent eher nicht oder überhaupt nicht.

Die Grafik lässt vermuten, dass die politisch wenig Interessierten eher zur Ablehnung der Vorlage tendierten als die anderen. Wegen der relativ kleinen Fallzahl in diesem Segment kann der Zusammenhang jedoch statistisch noch nicht als signifikant betrachtet werden.

Abb. 10: Zustimmung und Ablehnung nach politischem Interesse (in Prozent)



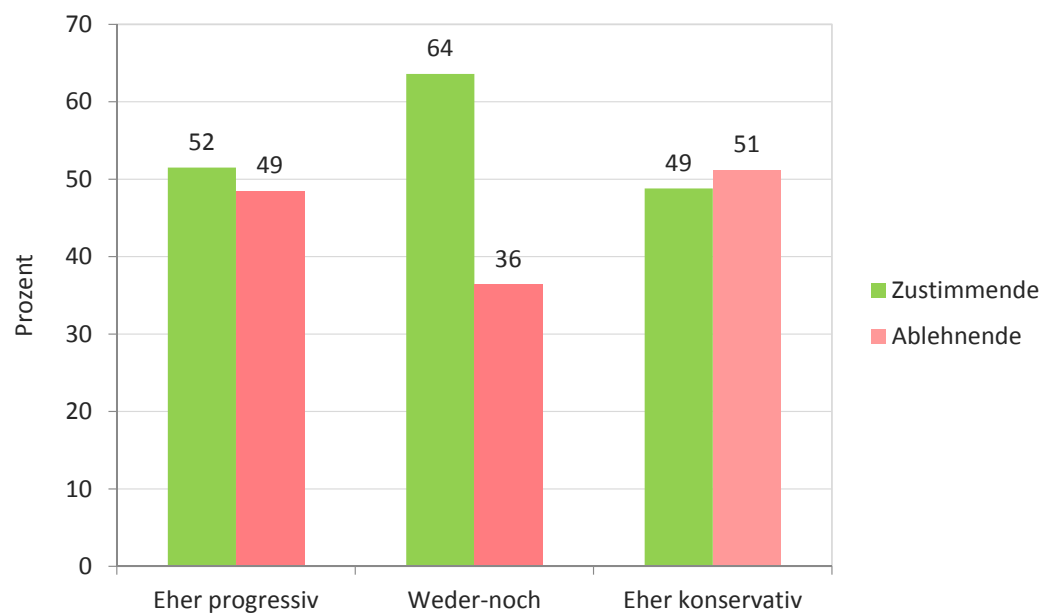
Stimmverhalten nach progressiver oder konservativer Einstellung

Filter: Nur Zustimmung und Ablehnende

N = 407 / Cramer-V = .111 (n.s.)

Die Merkmale «progressiv» und «konservativ» werden aus einem Fragenkatalog betreffend Einstellungen zu gesellschaftlichem Wandel, zu Traditionsverbundenheit, Stabilität und Veränderungsfreudigkeit gebildet. Die Datenanalyse ergibt keinen signifikanten Zusammenhang zwischen progressiver beziehungsweise konservativer Einstellung und dem Stimmverhalten.

Abb. 11: Zustimmung und Ablehnung nach Einstellung (in Prozent)



Stimmverhalten nach Parteineigung

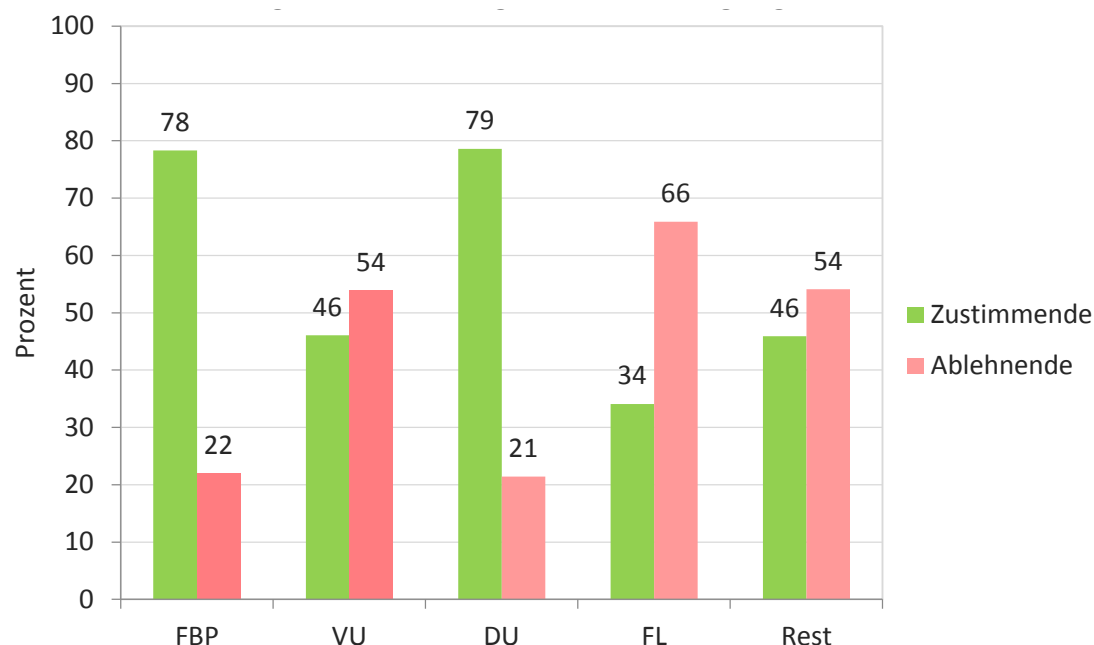
Filter: Nur Zustimmung und Ablehnende

N = 421 / Cramer-V = .302 (sig .000)

Je nach Parteiidentifikation wurde bei der Volksabstimmung sehr unterschiedlich votiert. Eine deutliche Zustimmung zur Vorlage zeigt sich im Lager der FBP sowie der DU, wobei wegen der geringen Fallzahl bei den DU-Anhängern in der Umfrage eine statistische Unsicherheit besteht. Das Ergebnis ist aber insofern plausibel, da sich beide Parteien klar für die Vorlage ausgesprochen haben. Am deutlichsten ist die Ablehnung im Lager der FL, die sich im Vorfeld der Abstimmung auch dezidiert gegen die Vorlage gestellt hat. Rund zwei Drittel der FL-Anhänger/innen haben die KVG-Vorlage abgelehnt. Das VU-Lager tendierte leicht zur Ablehnung der Vorlage.

Der VU-Parteivorstand hatte mit zwei Dritteln der Stimmen eine Ja-Empfehlung ausgesprochen, welcher die eigene Anhängerschaft somit nur rund zur Hälfte nachkam. Im Referendumskomitee waren mehrheitlich ehemalige VU-Exponenten vertreten, was vermutlich mit dazu beigetragen hat, dass das VU-Lager gespalten war. Zudem war Gesundheitsminister Pedrazzini ein Regierungsrat der FBP, sodass eine Zustimmung zur Vorlage stärker vonseiten der FBP denn der VU-Anhängerschaft zu erwarten

Abb. 12: Zustimmung und Ablehnung nach Parteineigung (in Prozent)



war. Andererseits wiesen die Exponenten des Referendumskomitees mit grosser Mehrheit eine VU-Vergangenheit auf.

Der Rest, insgesamt 172 Fälle, tendierte eher zur Ablehnung der KVG-Vorlage. In dieses Segment fallen diejenigen, die keine Parteineigung aufweisen oder keine angegeben haben.

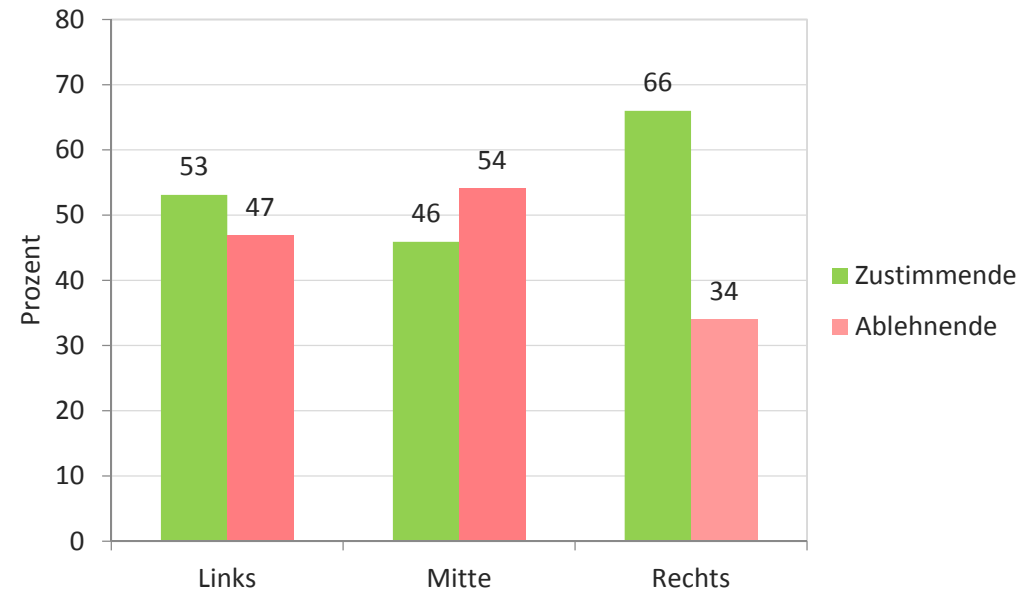
Stimmverhalten nach Links-Rechts-Selbsteinstufung

Filter: Nur Zustimmung und Ablehnende
N = 408 / Cramer-V = .166 (sig .004)

Die Befragten sollten sich auf einer Skala von 0 bis 10 im politischen Spektrum verorten, wobei 0 ganz links und 10 ganz rechts bedeutet. Rund die Hälfte der Befragten gibt sich den Wert 5, je rund ein Viertel sieht sich eher politisch links (Werte 0 bis 4) oder politisch rechts (Werte 6 bis 10).

Im Abstimmungsverhalten zeigt sich keine klare Tendenz. Eine mehrheitliche Ablehnung zeigt sich im Lager der politischen Mitte (54 Prozent Ablehnende). Die Zustimmung ist im Lager rechts der Mitte am deutlichsten (66 Prozent Zustimmung zur KVG-Vorlage). Eine genauere Datenanalyse ergibt, dass hierbei die Parteineigung, weniger stark die Links-Rechts-Orientierung, einen massgeblichen Einfluss ausübt.

Abb. 13: Zustimmung und Ablehnung nach Links-Rechts-Selbsteinstufung (in Prozent)



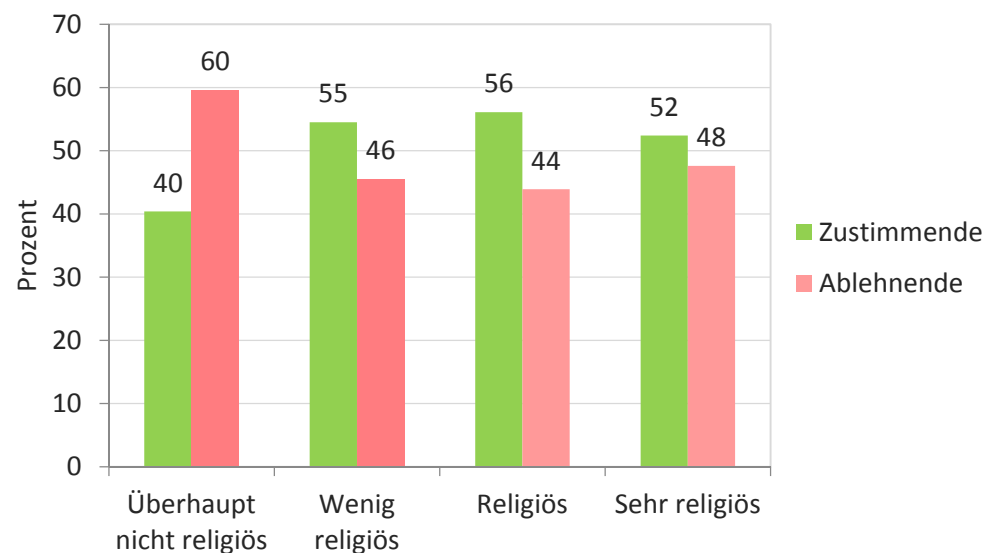
Stimmverhalten nach Religiosität

Filter: Nur Zustimmung und Ablehnende

N = 418 / Cramer-V = .096 (n.s.)

Es bestehen nur geringe Unterschiede im Abstimmungsverhalten nach Religiosität, wobei die Fallzahlen an den beiden Polen (überhaupt nicht bzw. sehr religiös) mit 47 und 21 Fällen relativ klein sind. Ein signifikanter statistischer Zusammenhang zwischen der Religiosität und dem Stimmverhalten zeigt sich nicht.

Abb. 14: Zustimmung und Ablehnung nach Religiosität (in Prozent)



Stimmverhalten nach Zufriedenheit mit der Demokratie

Filter: Nur Zustimmung und Ablehnende
N = 440 / Cramer-V = .370 (sig .000)

Es zeigt sich eine signifikante Korrelation zwischen der Zufriedenheit mit der Demokratie und dem Abstimmungsverhalten. Die sehr Zufriedenen haben der Vorlage mit deutlicher Mehrheit (79 Prozent) zugestimmt. Die eher oder sehr Unzufriedenen haben die Vorlage mit grosser Mehrheit abgelehnt (74 Prozent).

Je zufriedener die Befragten mit dem Funktionieren der Demokratie sind, desto grösser ist auch deren Vertrauen in die Institutionen. Am stärksten variieren die Vertrauenswerte in Bezug auf die Regierung: Auf einer Skala von 0 bis 7 geben die sehr Zufriedenen 5.1 im Mittelwert an, die sehr oder eher Unzufriedenen nur 3.2.

Abb. 15: Zustimmung und Ablehnung nach Zufriedenheit mit der Demokratie (in Prozent)

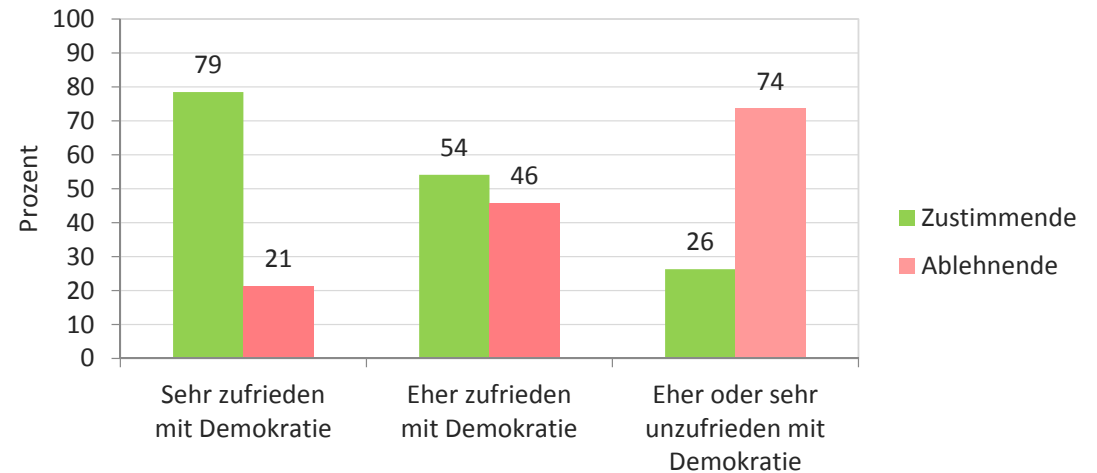
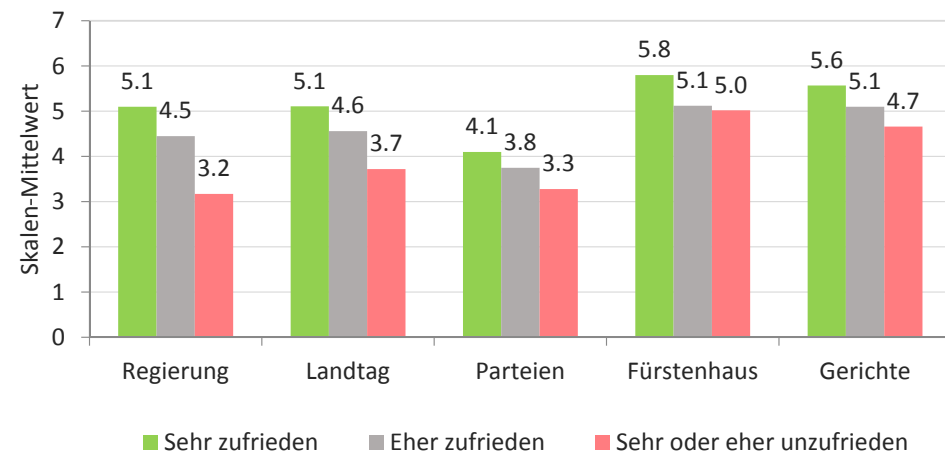


Abb. 16: Vertrauen in Institutionen nach Demokratiezufriedenheit (Mittelwerte, Skala von 0=gar kein Vertrauen bis 7=sehr hohes Vertrauen)



Vertrauen in Institutionen von Zustimmenden und Ablehnenden

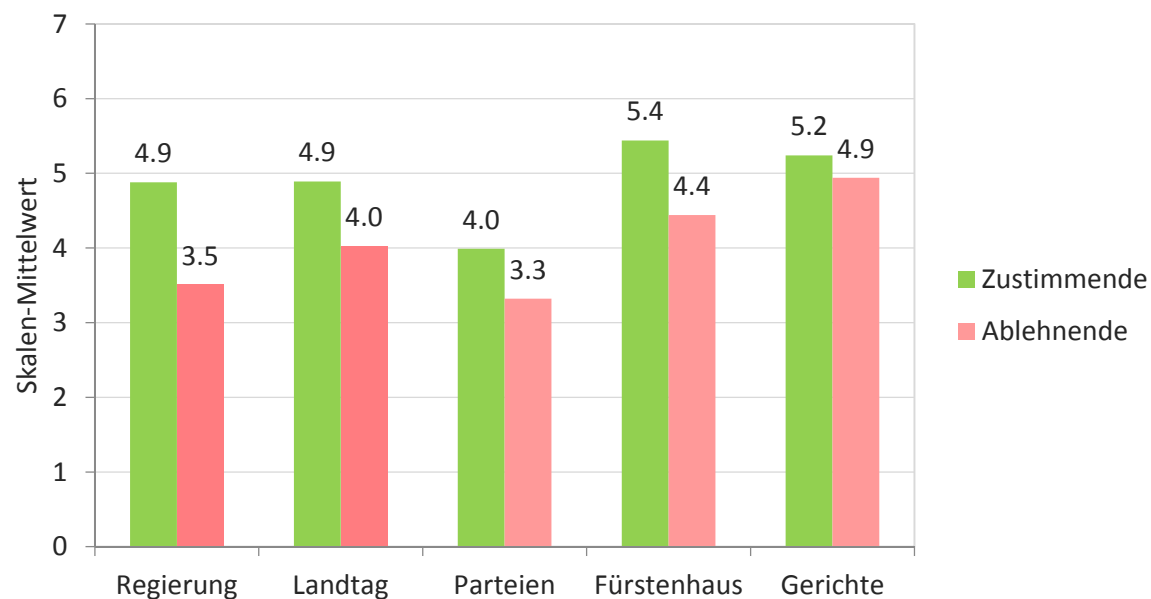
Filter: Nur Zustimmende und Ablehnende

N = 421 / Cramer-V Regierung = .446 (sig .000)
/ Landtag = .317 (sig .000) / Parteien = .283 (sig
.000) / Fürstenhaus = .294 (sig .000) / Gerichte
= .171 (n.s.)

Die Zustimmenden und Ablehnenden unterscheiden sich signifikant im Vertrauen in Regierung, Landtag, politische Parteien und Fürstenhaus: Wer den Initiativen zugestimmt hat, weist ein deutlich höheres Vertrauen in diese Institutionen auf. Dagegen zeigt sich im Vertrauen in die Gerichte keine signifikante Differenz.

Insgesamt ist das Vertrauen in die Institutionen relativ hoch und bestätigt frühere Umfragen.

Abb. 17: Vertrauen in Institutionen nach Abstimmungsverhalten (Mittelwert, Skala 0=überhaupt kein Vertrauen bis 7=sehr hohes Vertrauen)



Stimmverhalten nach Vertrauen in den Sozialstaat

Filter: Nur Zustimmungende und Ablehnende

N = 421 / Cramer-V = .370 (sig .000)

Das Vertrauen in den Sozialstaat ist in Liechtenstein weitgehend intakt. Fast 60 Prozent geben auf einer Skala von 1 bis 7 den Wert 5 oder höher an. Nur 3 Prozent haben absolut kein Vertrauen, 5 Prozent geben den Wert 2 an.

Das Vertrauen in den Sozialstaat korreliert mit dem Abstimmungsverhalten. Die Skeptischen haben deutlich gegen die KVG-Vorlage votiert, die Vertrauensvollen dagegen deutlich für die Vorlage. Bei denjenigen, die den mittleren Wert «4» angegeben haben (N=91), halten sich Zustimmungende und Ablehnende die Waage.

Abb. 18: Vertrauen in den Sozialstaat (Skala 1=überhaupt kein Vertrauen bis 7=volles Vertrauen; in Prozent)

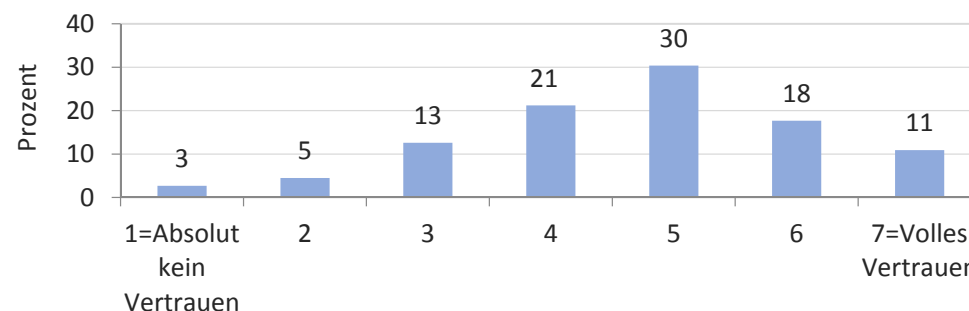
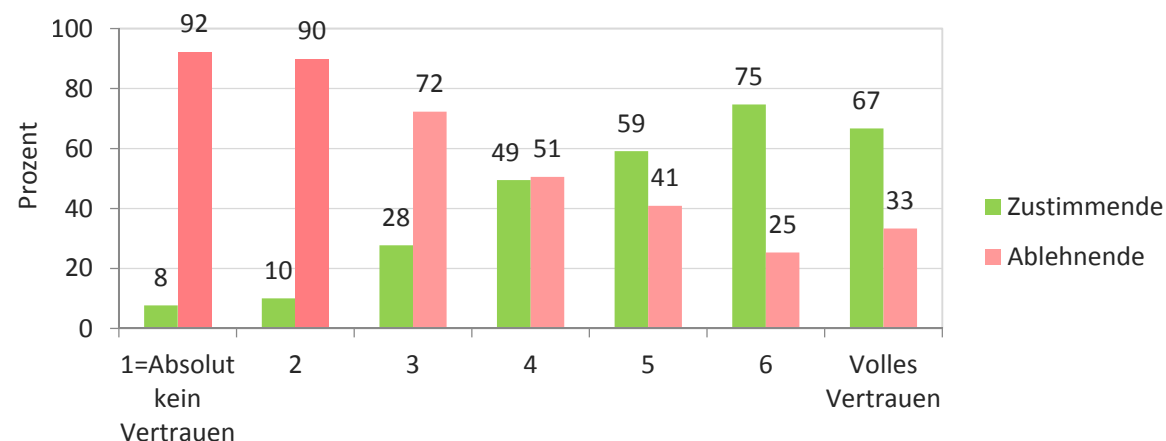


Abb. 19: Abstimmungsverhalten nach Vertrauen in den Sozialstaat (Skala 1=überhaupt kein Vertrauen bis 7=volles Vertrauen; in Prozent)



Argumententest (Skala von 0 bis 10)

N = 415 / Cramer-V = .681 (sig .000)

Die Meinungen der Zustimmungen und Ablehnenden gehen in der Frage, ob das Kostenwachstum durch das neue KVG begrenzt werden kann, deutlich auseinander. 30 Prozent der Ablehnenden stimmen dieser Aussage dezidiert nicht zu (Wert 0).

N = 419 / Cramer-V = .392 (sig .000)

In der Aussage, dass die Ärzte und Leistungserbringer besser kontrolliert werden sollten, liegen die Befürworter und Gegner der KVG-Vorlage nicht so weit auseinander wie bei den meisten anderen Aussagen. Beide votieren klar für diese Forderung. Diejenigen, die der Vorlage zugestimmt haben, plädieren allerdings noch klarer dafür: 57 Prozent stimmen dieser Aussage voll und ganz zu (Wert 10).

Abb. 20: «Mit dem neuen KVG kann das Kostenwachstum begrenzt werden»

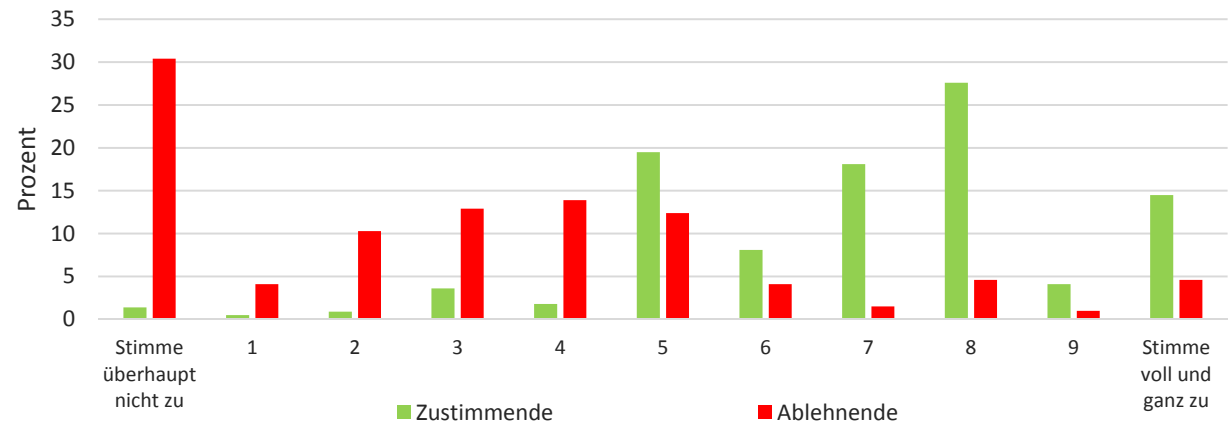
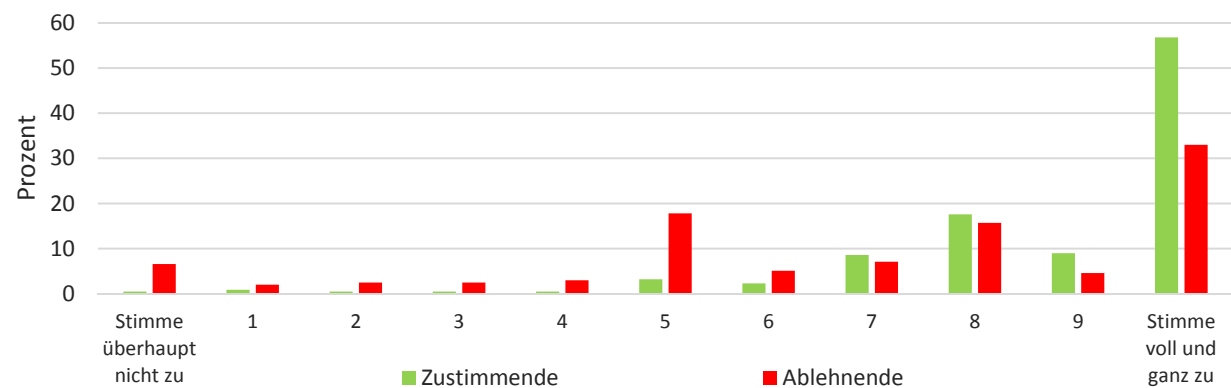


Abb. 21: «Die Ärzte und andere Leistungserbringer müssen besser kontrolliert werden»



Argumententest (Skala von 0 bis 10)

N = 421 / Cramer-V = .222 (sig .023)

Nur eine schwach signifikante Differenz zeigt sich zwischen den Befürwortern und Gegnern der KVG-Vorlage in der Beurteilung, ob die Vorlage kompliziert gewesen sei und man sich daher an den Empfehlungen von anderen orientiert habe. Insgesamt waren 13 Prozent voll und ganz dieser Meinung.

N = 403 / Cramer-V = .459 (sig .000)

Bei der Aussage zur Einführung des Schweizer Tarmed in Liechtenstein gehen die Meinungen der Befürworter und der Gegner der Vorlage auseinander. Während die Meinungen der Ablehnenden in dieser Frage breit gestreut sind, zeigt sich bei den Befürwortern der KVG-Vorlage eine klare Tendenz, dass die Einführung des Tarmed begrüsst wird.

Abb. 22: «Die Vorlage ist kompliziert gewesen. Ich habe mich an den Empfehlungen von anderen orientiert»

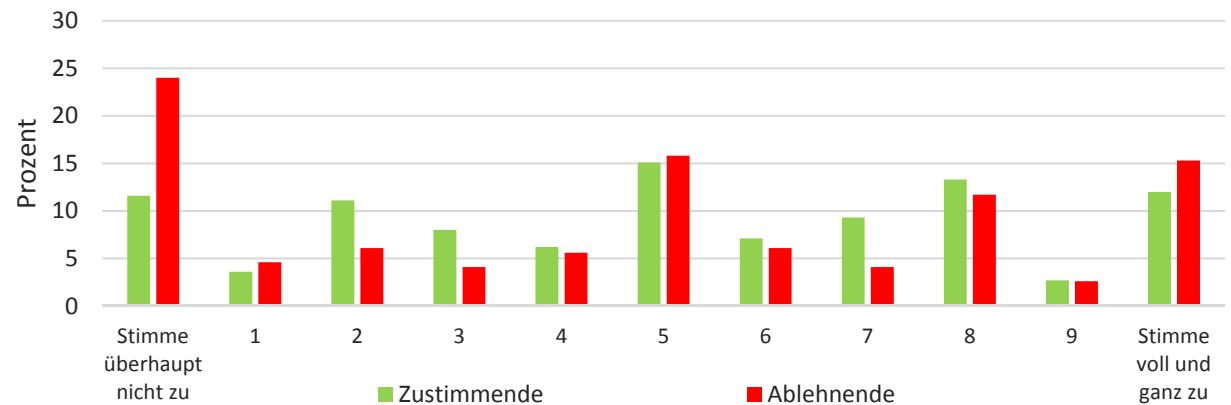
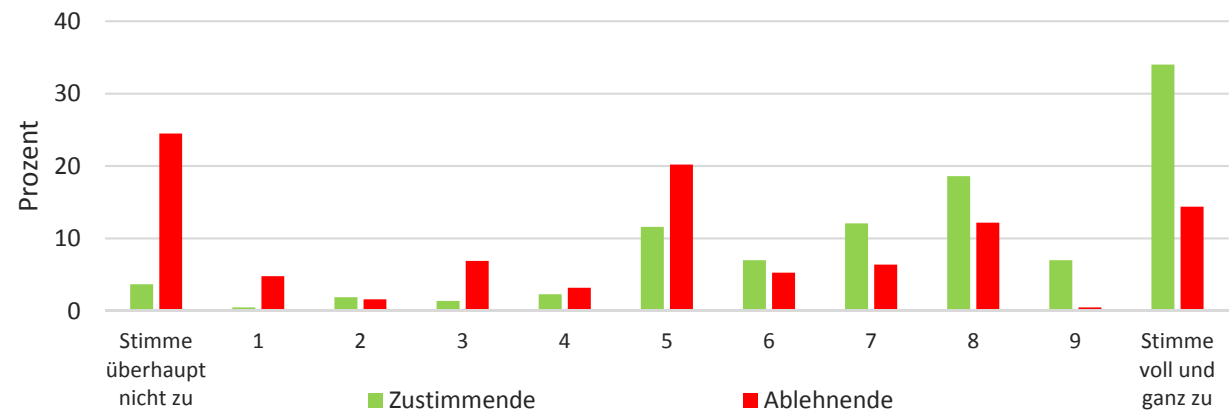


Abb. 23: «Es ist gut, dass der Schweizer Tarmed in Liechtenstein eingeführt wird»



Argumententest (Skala von 0 bis 10)

N = 416 / Cramer-V = .739 (sig .000)

Das Argument, dass die KVG-Vorlage unsolidarisch gegenüber Alten und Kranken sei, ist im ablehnenden Lager auf sehr fruchtbaren Boden gefallen. Fast 60 Prozent stimmen dieser Aussage voll und ganz zu. Die Befürworter der Vorlage stimmen der Aussage mehrheitlich nicht zu, allerdings nicht in der gleichen Deutlichkeit.

N = 413 / Cramer-V = .707 (sig .000)

Ebenso wie das Argument betreffend der Solidarität mit Alten und Kranken wird das Argument, dass das neue KVG zu wenig Rücksicht auf die eher armen Leute nimmt, von den Gegnern der Vorlage stark unterstützt. 54 Prozent stimmen der Aussage voll und ganz zu. Die Meinungen der Befürworter der Vorlage gehen stärker auseinander, die Aussage wird aber mehrheitlich abgelehnt.

Abb. 24: «Das neue KVG ist unsolidarisch gegenüber Alten und Kranken»

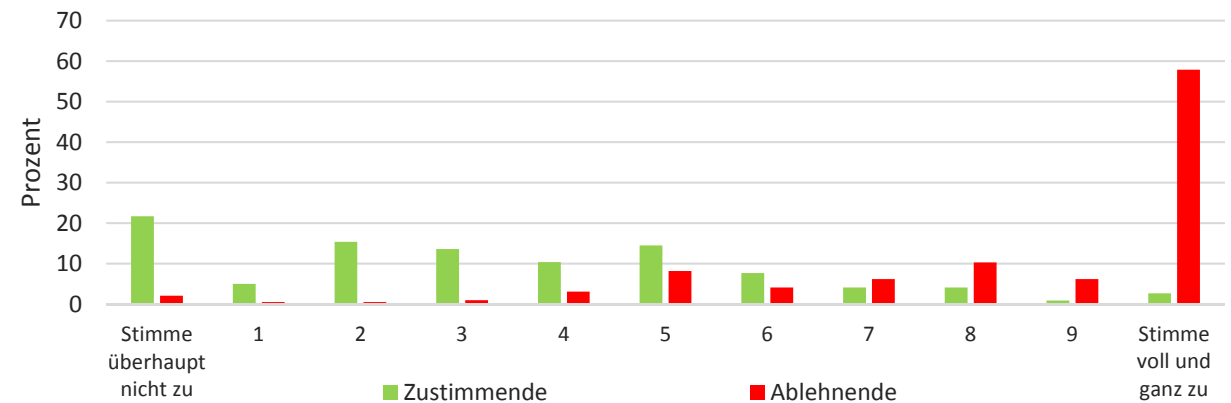
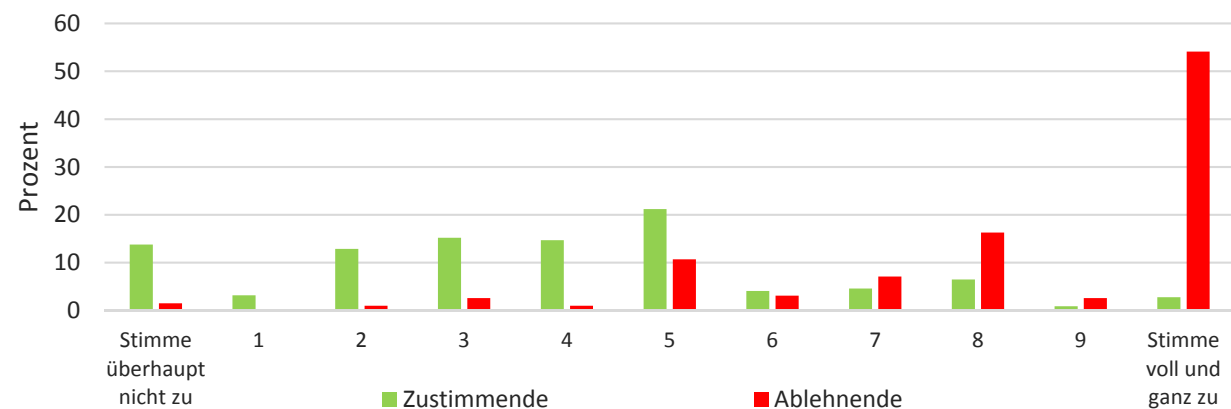


Abb. 25: «Das neue KVG nimmt zu wenig Rücksicht auf die eher armen Leute»



Argumententest (Skala von 0 bis 10)

N = 416 / Cramer-V = .519 (sig .000)

Fast 50 Prozent der Gegner der Vorlage sind auch explizit der Meinung, dass das neue KVG vor allem gemacht wurde, um den Staatshaushalt zu entlasten (Wert 10). Bei den Befürwortern der Vorlage gehen die Meinungen stark auseinander und verteilen sich auf die gesamte Skala von 0 bis 10.

N = 422 / Cramer-V = .629 (sig .000)

In Bezug auf den Selbstbehalt herrscht wiederum im Lager der Gegner der Vorlage eine eindeutige Meinung: Rund 50 Prozent stört die Erhöhung des Selbstbehalts total (Wert 10). Nur rund 5 Prozent geben Zustimmungswerte zwischen 0 und 4 an. Selbst von den Befürwortern der Vorlage stimmen rund 30 Prozent der Aussage, dass die Erhöhung des Selbstbehalts stört, tendenziell zu (Werte 6 bis 10). 22 Prozent der Ja-Stimmenden stören sich allerdings daran überhaupt nicht.

Abb. 26: «Das neue KVG ist vor allem gemacht worden, um den Staatshaushalt zu entlasten»

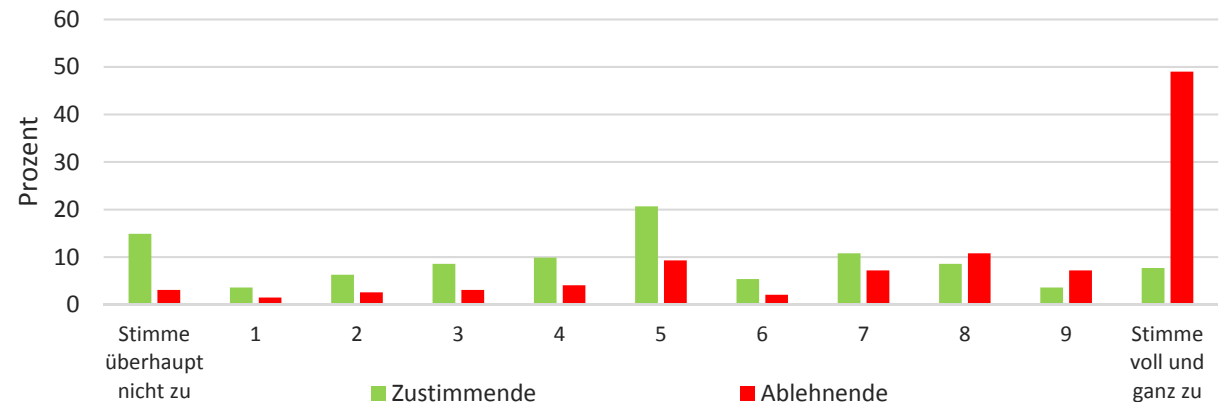
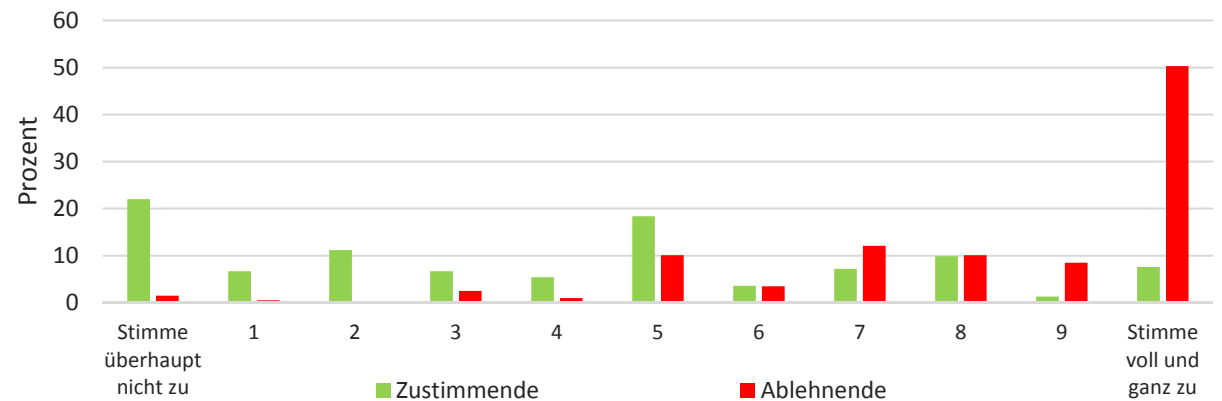


Abb. 27: «Die Erhöhung des Selbstbehalts hat mich in der KVG-Vorlage gestört»

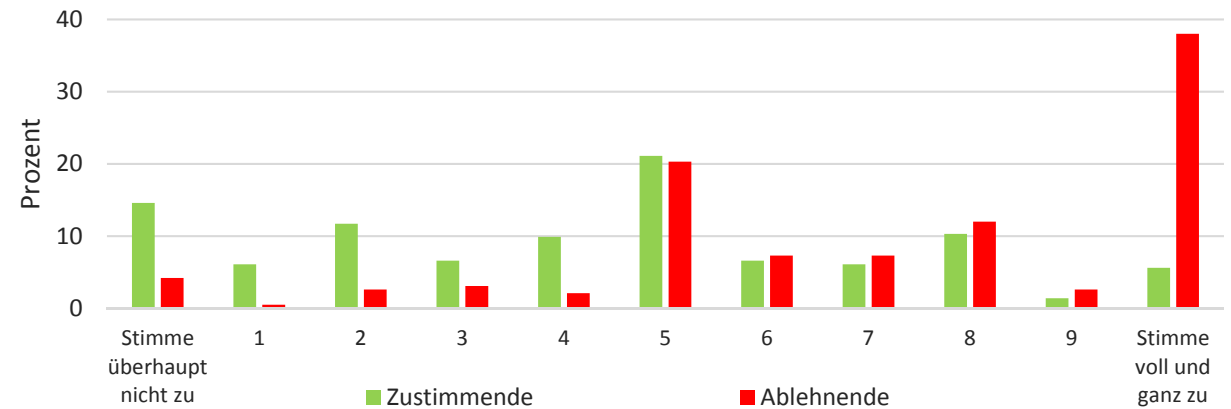


Argumententest (Skala von 0 bis 10)

N = 405 / Cramer-V = .487 (sig .000)

Auch in der Frage der Höhe der Reserven der Krankenkassen herrscht im Lager der Gegner der KVG-Vorlage eine klarere Meinungstendenz als im Lager der Befürworter. 38 Prozent sind dezidiert der Meinung, dass die Reserven der Krankenkassen zu hoch sind (Wert 10). Bei den Befürwortern verteilen sich die Meinungen weit stärker auf der 10er-Skala: 30 Prozent stimmen der Aussage tendenziell zu (Werte 6 bis 10), 49 Prozent lehnen die Aussage tendenziell ab (Werte 0 bis 4), 21 Prozent sind unentschieden (Wert 5).

Abb. 28: «Die Reserven der Krankenkasse sind mit 53 Mio. Franken viel zu hoch»



Übereinstimmung zwischen Meinungen zu Pro- und Contra-Argumenten und Abstimmungsverhalten (I)

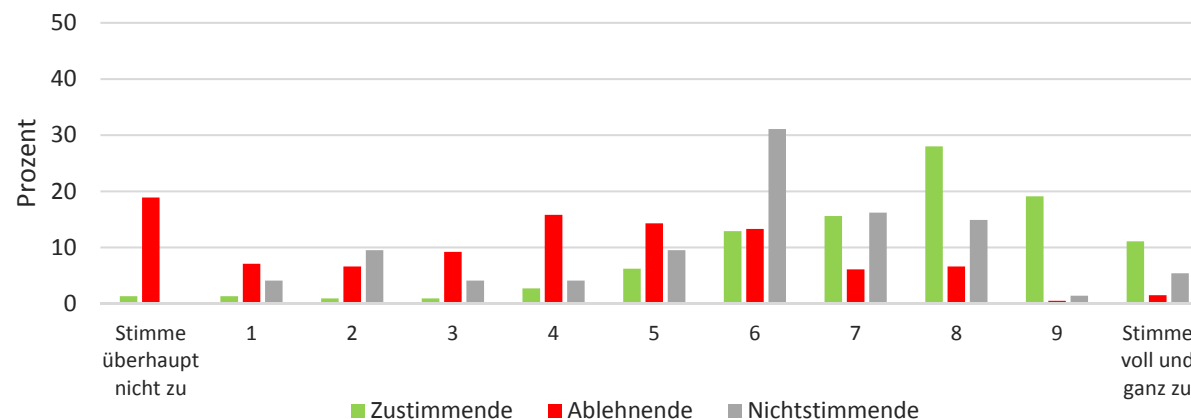
Filter: Nur Zustimmung und Ablehnende

N = 421. Pro-Argumente: Cramer-V = .652 (sig .000) / Contra-Argumente: Cramer-V = .790 (sig .000)

Unter den oben angeführten Aussagesätzen zur Abstimmung gibt es solche, die von eindeutigen Befürwortern bzw. eindeutigen Gegnern der KVG-Vorlage klar unterstützt werden müssten, wenn sie der Argumentation der entsprechenden Exponenten gefolgt wären. Die Befürworter müssten auf der 10er-Skala zustimmen, dass die Vorlage die Kosten begrenzt und dass es gut ist, wenn der Schweizer Tarmed eingeführt wird. Die Gegner müssten zustimmen, dass die Vorlage unsolidarisch gegenüber Alten und Kranken ist, zu wenig Rücksicht auf eher arme Leute nimmt und dass sie sich an der Erhöhung des Selbstbehalts stören. Andere Aussagesätze können dagegen sowohl von den Gegnern wie auch Befürwortern unterstützt werden und werden daher an dieser Stelle nicht in die Analyse einbezogen.

Die Befürworter der KVG-Vorlage unterstützen die Pro-Argumente tatsächlich mit grosser Mehrheit und deutlich. Nur rund 7 Prozent lehnen die Argumente (Skalenmittelwerte unter 5) tendenziell ab. Die Nein-Stimmenden lehnen hingegen die Pro-Argu-

Abb. 29: Verteilung der Zustimmung zu Pro-Argumenten nach Stimmverhalten (in Prozent; Mittelwerte zu Pro-Argumenten)



mente grossteils ab. Allerdings können doch rund 28 Prozent den Pro-Argumenten tendenziell Positives abgewinnen (Skalenmittelwerte über 5).

Die Nicht-Stimmenden bewegen sich zwischen dem Pro- und Contra-Lager, wobei sie den Pro-Argumenten tendenziell eher zustimmen. Zu der Gruppe der Nichtstimmenden werden alle gezählt, die die Frage über den Stimmentscheid weder mit Ja noch mit Nein beantwortet haben: mehrheitlich solche, die nicht an der Abstimmung teilgenommen haben sowie einige, die keine Auskunft über ihr Stimmverhalten gegeben haben.

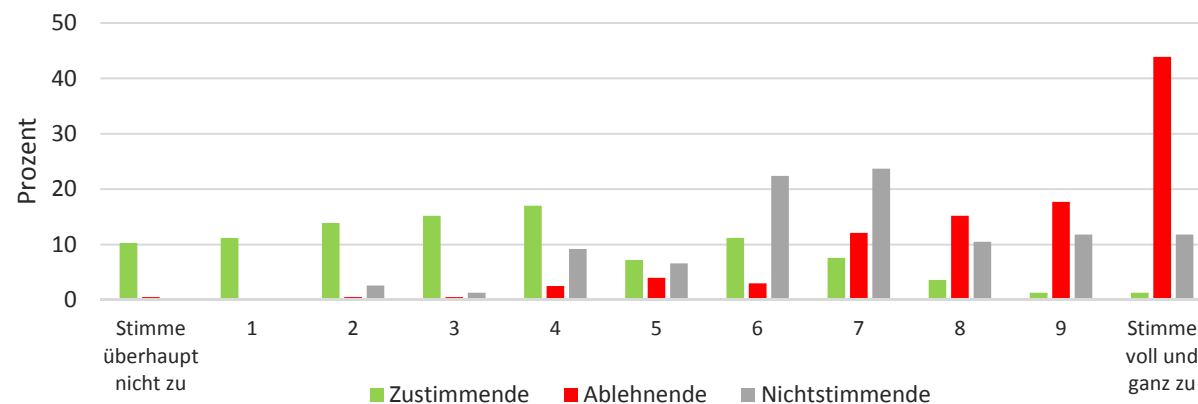
Übereinstimmung zwischen Meinungen zu Pro- und Contra-Argumenten und Abstimmungsverhalten (I)

Bei den Contra-Argumenten gibt es vonseiten der Gegner der KVG-Vorlage eine sehr klare Unterstützung. 44 Prozent stimmen den Schlüsselargumenten vollständig zu. Nur 4 Prozent haben Zweifel an den betreffenden Argumenten (Skalenmittelwerte unter 5). Die Ja-Stimmenden hingegen lehnen mit grosser Mehrheit die Contra-Argumente ab. Dennoch: 25 Prozent der Ja-Stimmenden stimmen den Contra-Argumenten tendenziell zu (Skalenmittelwerte über 5).

Die Nichtstimmenden sind wiederum zwischen den beiden Lagern positioniert, wobei sie auch den Contra-Argumenten weitgehend zustimmen.

Es fällt also auf, dass die Nichtstimmenden tendenziell sowohl den Pro-Argumenten wie auch den Contra-Argumenten zustimmen. Gegenüber denjenigen, die eine klare Haltung in den Argumenten einnehmen, befanden sie sich daher in einem Dilemma. Dies kann mit ein Grund sein, weshalb sie sich gar nicht an der Abstimmung beteiligten. Hinzu kommt, dass die Nichtstimmenden ein deutlich geringeres Interesse an der Politik angeben als die Ja- oder Nein-Stimmenden.

Abb. 30: Verteilung der Zustimmung zu Contra-Argumenten nach Stimmverhalten (in Prozent; Mittelwerte zu Contra-Argumenten)



Übereinstimmung zwischen Meinungen zu Pro- und Contra-Argumenten und Abstimmungsverhalten (II)

Kein Filter

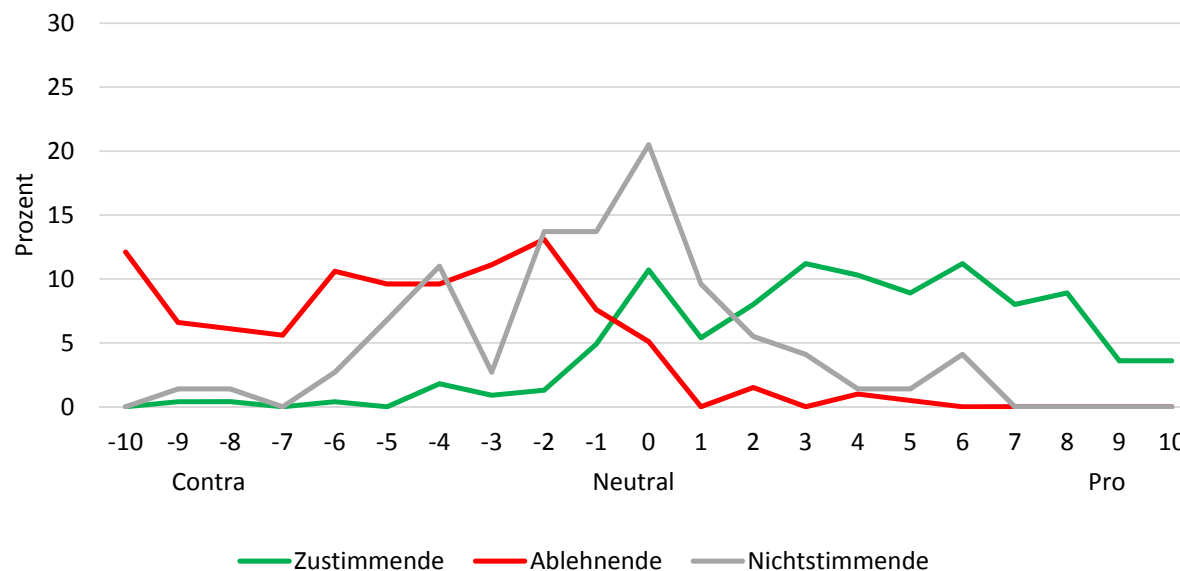
N = 495; Cramer-V = .614 (sig .000)

In der nachstehenden Abbildung werden die Zustimmungswerte zu den Contra-Argumenten von denjenigen zu den Pro-Argumenten subtrahiert. Der Wert 10 bedeutet, dass den Pro-Argumenten vollständig zugestimmt wird, die Contra-Argumente vollständig abgelehnt werden (dies trifft auf 3.6 Prozent der Zustimmungenden, 0 Prozent der Ablehnenden zu). Der Wert -10 bedeutet, dass alle Contra-Argumente vollständig unterstützt werden, alle Pro-Argumente vollständig abgelehnt (dies ist bei 12.1 Prozent der Ablehnenden, 0 Prozent der Zustimmungenden der Fall).

Das Abstimmungsverhalten erweist sich als durchaus konsistent. Nur wenige Befürworter der KVG-Vorlage stimmen den Contra-Argumenten stärker zu als den Pro-Argumenten. Bei den Gegnern der Abstimmungsvorlage verhält es sich entsprechend umgekehrt.

Diejenigen, die nicht an der Abstimmung teilgenommen haben, leer oder ungültig eingeworfen haben oder keine Angaben zu ihrem Stimmentscheid gemacht haben, verteilen sich breit über das Argumentationspektrum mit einer deutlichen Tendenz zur

Abb. 31: Meinung zu Pro- und Contra-Argumenten und Abstimmungsverhalten (in Prozent; Mittelwerte Pro-Argumente minus Mittelwerte Contra-Argumente)



Mitte und einer Spitze bei der neutralen Position «0». Allerdings gewichten insgesamt 53 Prozent die Contra-Argumente stärker und nur 26 Prozent die Pro-Argumente. Bei 21 Prozent halten sich Pro- und Contra die Waage.

Eine stärkere Mobilisierung hätte daher vermutlich den Gegnern der Vorlage mehr geholfen als den Befürwortern. Es ist aber offensichtlich, dass die Wahlabsinenten nicht so klare Präferenzen aufweisen wie die

Abstimmungsteilnehmer, sodass sie wohl grosse Mühe bekundeten, sich für ein Ja oder Nein zu entscheiden und möglicherweise gerade aus diesem Grund der Abstimmung fernblieben.

Argumententest: Keine Antwort zu Aussagesätzen

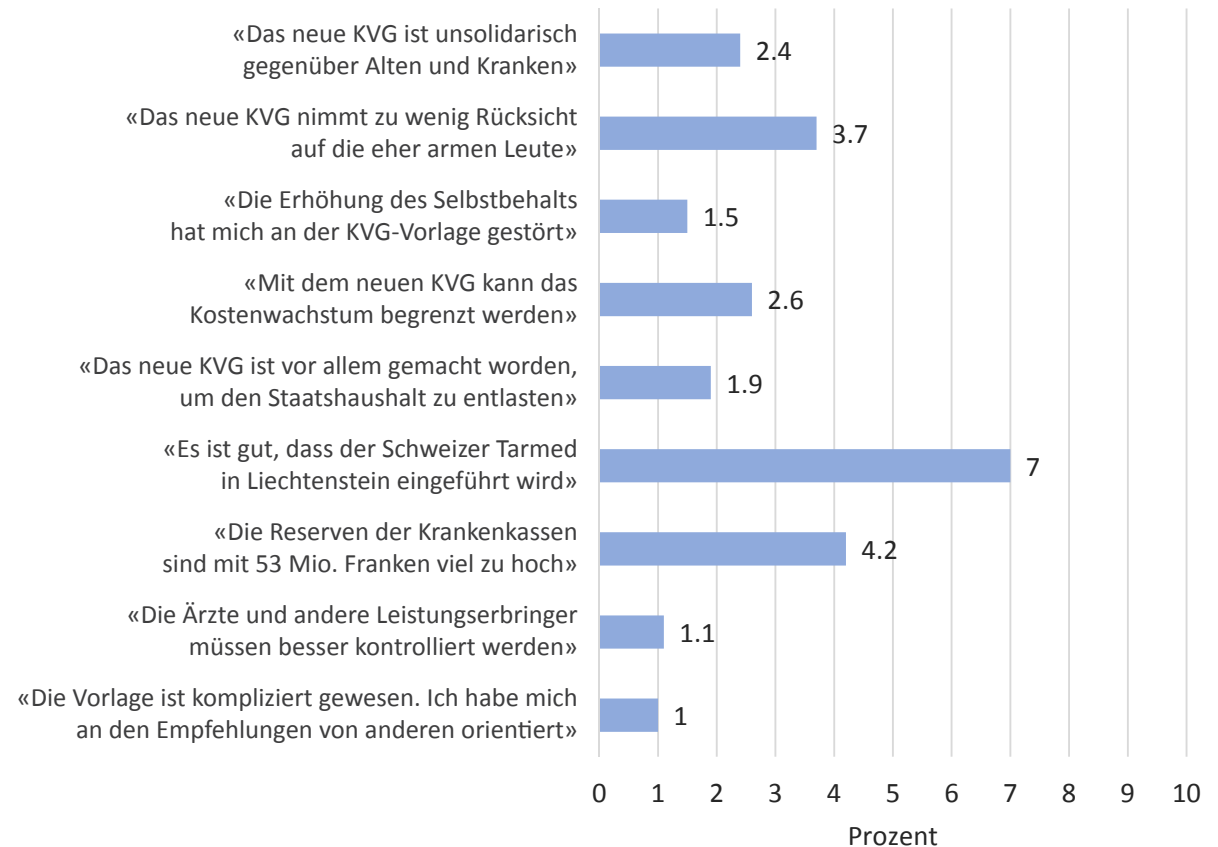
Kein Filter

N = 501

Die Befragten gaben bei den neun Aussagesätzen, die vorgetragen wurden, in den meisten Fällen jeweils eine Präferenz auf der Skala von 0 bis 10 Punkten an. Die grösste Unsicherheit bestand in der Beurteilung der Einführung des Schweizer Tarmed in Liechtenstein: 7 Prozent gaben darauf keine Antwort oder sagten, dass sie nicht wissen, ob dies gut sei. Rund 4 Prozent wollten oder konnten nicht beurteilen, ob die Reserven der Krankenkassen zu hoch seien oder nicht. Bei allen anderen Aussagen lag die Quote der Nicht-Antwortenden bei unter vier Prozent.

Man kann also davon ausgehen, dass sich die Stimmberechtigten eine relativ klare Meinung über die KVG-Vorlage gebildet haben. Die Verteilung der Zustimmung bzw. Ablehnung gegenüber den Aussagesätzen bestätigt, dass die Abstimmungsteilnehmer klare Präferenzen ausweisen und entsprechend auch in der Volksabstimmung ihre Stimme abgegeben haben. Diejenigen, die nicht an der Abstimmung teilgenommen haben, geben viel häufiger keine Antwort zu den Aussagesätzen.

Abb. 32: Keine Antwort/Weiss nicht zu Aussagesätzen (in Prozent)



Argumententest: Zusammenfassung

Filter: Nur Zustimmungende und Ablehnende.

Gültige Fälle: Zwischen 421 und 438; Cramer-V zwischen .392 und .739 (sig .000), ausser bei der Aussage «Die Vorlage ist zu kompliziert gewesen» (Cramer-V = .222 (sig .023)).

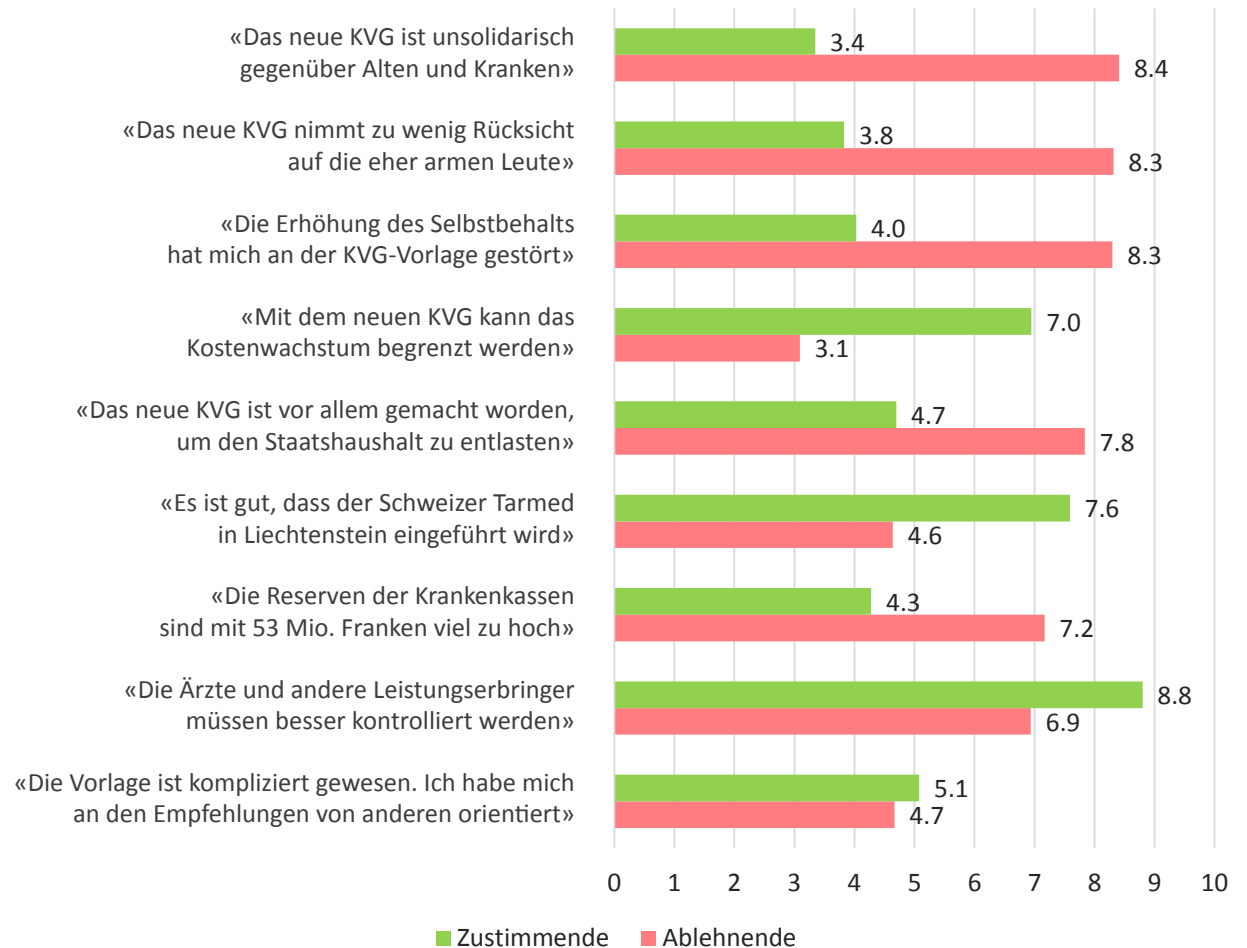
Der Mittelwertvergleich der Antworten zu vorgegebenen Aussagesätzen zeigt in den meisten Fällen extrem starke Differenzen zwischen dem zustimmenden und ablehnenden Lager.

Am stärksten gehen die Ansichten in der Frage auseinander, ob das KVG unsolidarisch gegenüber Alten und Kranken sei und zu wenig Rücksicht auf sie nehme (Differenz: 4,5 bis 5 Skalenpunkte). Aber auch bei allen anderen Aussagesätzen – ausser der Frage nach der Komplexität der Vorlage – bestehen zwischen den beiden Lagern deutliche Meinungsdifferenzen.

Man kann feststellen, dass die im Vorfeld der Volksabstimmung von den Befürwortern und Gegnern der KVG-Vorlage vorgetragenen Argumente von den Bürgerinnen und Bürgern breit rezipiert wurden.

Die Ablehnenden stimmen im Mittelwert auf der 10er-Skala mit rund 7 oder noch mehr Punkten zu, dass die Vorlage unsolidarisch war, dass die Vorlage der Entlastung des Staatshaushalts dienen sollte und dass

Abb. 33: Mittelwerte: Einstellung zu Aussagen 0=Stimmt überhaupt nicht; 10= Stimmt voll und ganz (geordnet nach Differenz zwischen Lagern in Skalenpunkten)



Argumententest: Zusammenfassung

die Reserven der Krankenkassen zu hoch sind. Sie kritisieren auch die Erhöhung des Selbstbehalts und plädieren dafür, die Ärzte und Leistungserbringer besser zu kontrollieren.

Die Aussage zu den Ärzten und Leistungserbringern ergibt bei den Befürwortern der Vorlage einen noch höheren Zustimmungswert bzw. überhaupt den höchsten Zustimmungswert (knapp 9 Punkte im Mittelwert auf der 10er-Skala). Dies ist auch die einzige Aussage, die von beiden Lagern mit einem Wert von mehr als 5 Skalenpunkten unterstützt wird. Weitere hohe Zustimmungswerte bekommen im Lager der Befürworter der KVG-Vorlage die Aussagen, dass es gut ist, dass der Schweizer Tarmed eingeführt wird und dass mit dem neuen KVG das Kostenwachstum gebremst werden kann.

Stimmverhalten nach Wahlkreis

Filter: Nur Zustimmung und Ablehnende

N = 422 / Cramer-V = .137 (sig .005)

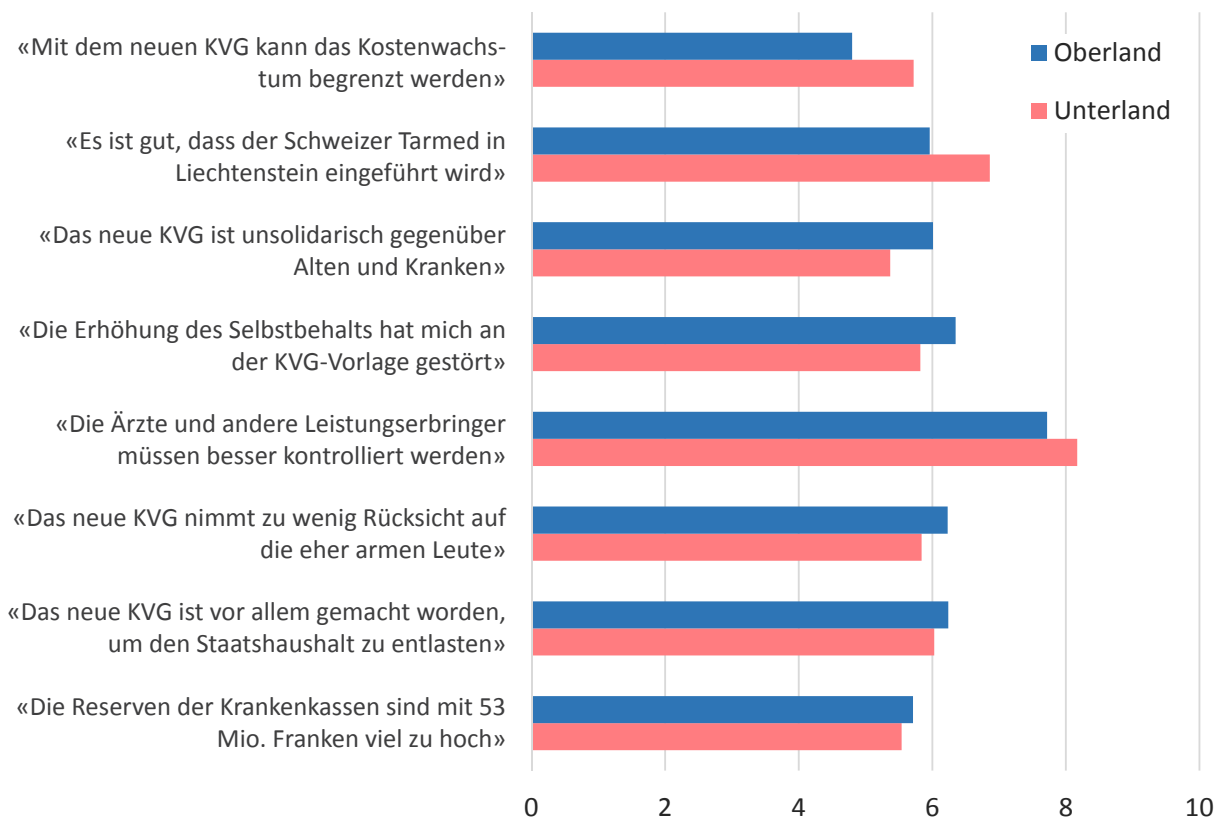
Soziodemografische Faktoren scheiden als Erklärung für das unterschiedliche Stimmverhalten im Oberland und Unterland aus, da die Zusammensetzung der Bevölkerung hinsichtlich Alter, Geschlecht oder Bildung nicht wesentlich differiert.

Regressionsanalysen ergeben, dass die stärkere Zustimmung zur KVG-Vorlage im Unterland unter anderem mit dem grösseren Vertrauen der Stimmberechtigten im Unterland in die Regierung zusammenhängt (nur in geringem Ausmass mit dem Vertrauen ins Fürstenhaus und gar nicht mit dem Vertrauen in Landtag, Parteien oder Gerichte). Auch die grössere Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im Unterland korreliert mit dem Abstimmungsverhalten.

Ein paar Zahlen hierzu: Wer grosses Vertrauen in die Regierung aufweist, hat zu 73 Prozent der Vorlage zugestimmt, diejenigen mit geringem Vertrauen nur zu 27 Prozent. Ähnlich sieht es beim Vertrauen ins Fürstenhaus aus: 63 zu 32 Prozent. Das Institutionenvertrauen ist im Unterland etwas höher als im Oberland und korreliert mit einer stärkeren Zustimmung zur KVG-Vorlage.

Ähnliches gilt für die Zufriedenheit mit

**Abb. 34: Einstellung zu Argumenten und Aussagen
(geordnet nach Differenz zwischen Skalenmittel Oberland und Unterland)**



Skalen-Mittelwerte: 0=Stimmt überhaupt nicht, 10=Stimmt voll und ganz

Stimmverhalten nach Wahlkreis

dem Funktionieren der Demokratie in Liechtenstein: 28 Prozent der Oberländer Befragten sind eher oder sehr unzufrieden, im Unterland sind es nur 15 Prozent. Sehr zufrieden sind 20 Prozent im Oberland, 33 Prozent im Unterland. Gleichzeitig haben 78 Prozent der sehr Zufriedenen der Vorlage zugestimmt, aber nur 54 Prozent der eher Zufriedenen und 26 Prozent der eher oder sehr Unzufriedenen.

Das Bild wiederholt sich beim Vertrauen in den Sozialstaat: Höheres Vertrauen korreliert mit stärkerer Zustimmung zur KVG-Vorlage, wobei das Vertrauen in den Sozialstaat im Unterland etwas ausgeprägter ist als im Oberland.

VERTRAUEN IN REGIERUNG ZEIGT STÄRKSTEN EFFEKT

In einer Regressionsanalyse zeigt von den genannten Faktoren das Vertrauen in die Regierung den stärksten Effekt auf das Stimmverhalten. Etwas schwächer wirken die Demokratiezufriedenheit und das Vertrauen in den Sozialstaat. Einen zusätzlichen Effekt übt auch die Parteilaffinität aus. Sowohl bei den Landtagswahlen 2013 wie auch in der Umfrage ist die Parteienkonstellation, die sich klar für die KVG-Vorlage ausgesprochen hat (FBP und DU), im Unterland stärker als im Oberland (bei den Landtagswahlen: 50,7

Prozent im Oberland, 58,7 Prozent im Unterland für FBP und DU). Da die Parteilaffinität stark mit dem Stimmverhalten korreliert, hat dies im Unterland den Ja-Stimmen-Anteil befördert.

STARKE UNTERSCHIEDE BEI SACH-ARGUMENTEN

Alle genannten Faktoren – Regierungsvertrauen, Demokratiezufriedenheit, Vertrauen in den Sozialstaat, Parteilaffinität – weisen je eigene Effekte auf das Stimmverhalten auf. Die stärksten Korrelationen zeigen sich allerdings bei den Meinungen zu den Inhalten und Konsequenzen der Abstimmungsvorlage. Wie weiter oben gezeigt wurde, gibt es in den meisten Sachargumenten enorm starke Unterschiede in den Einschätzungen. Befürworter der Vorlage sind viel eher der Meinung, dass das neue KVG das Kostenwachstum bremsen könne, dass die Ärzte und Leistungserbringer stärker kontrolliert werden sollten und dass es gut sei, dass der Schweizer Tarmed eingeführt wird. Die Gegner unterstützen dagegen deutlich stärker die Argumente, dass die Vorlage unsolidarisch gegenüber Alten und Kranken sei, zu wenig Rücksicht auf die eher Armen nehme und dass der hohe Selbstbehalt störend sei. Den deutlichsten Ausschlag zeigen in einer Regressionsanalyse einerseits das Argument

mit dem Kostenwachstum (Pro-Argument), andererseits das Argument betreffend die eher armen Leute (Contra-Argument).

Die Mittelwertdifferenzen zwischen Oberland und Unterland betragen auf einer Skala von 0 bis 10 zwischen 0.92 und 0.17 Skaleneinheiten (siehe Abbildung). Die Oberländer Urnengänger sind etwas stärker den Argumenten bezüglich der Solidarität mit Alten und Kranken, der Belastung von eher armen Leuten und der Kritik am hohen Selbstbehalt gefolgt. Im Unterland wurde etwas stärker als im Oberland auf die kostenbremsende Wirkung des neuen KVG, die positive Wirkung des Tarmed und eine bessere Kontrolle der Leistungserbringer Wert gelegt.

MEDIENNUTZUNG OHNE EINFLUSS

Keine zusätzliche Erklärungskraft weist die Mediennutzung auf. Wie weiter hinten gezeigt wird, fallen die Beurteilungen, wie stark diverse Medien und Informationen die eigene Entscheidungsfindung beeinflussen haben, zwar im Pro- und Contra-Lager teilweise unterschiedlich aus. Dies hatte aber keinen Einfluss auf das Stimmverhalten.

Die Divergenz im Abstimmungsverhalten zwischen den Unterländern und Oberländern lässt sich am plausibelsten in die folgende kausale Ordnung bringen: Die Unterländer Bevölkerung neigt im Vergleich zur

Stimmverhalten nach Wahlkreis

Oberländer etwas stärker zum politischen Lager der Parteien, die die KVG-Vorlage unterstützt haben, und weist – teilweise nicht zuletzt aus diesem Grund – ein etwas höheres Vertrauen in die Regierung, den Sozialstaat und das Funktionieren der Demokratie in Liechtenstein auf. Entsprechend sind die Unterländer bzw. Oberländer jeweils etwas stärker den Argumenten der Befürworter beziehungsweise Gegner gefolgt.

Ob die mehrheitliche Zusammensetzung des Referendumskomitees aus Oberländern einen Einfluss auf die stärkere Ablehnung der KVG-Vorlage im Oberland hatte, kann aufgrund der Umfragedaten weder bestätigt noch widerlegt werden.

Stimmverhalten und Einstellungen zu grundsätzlichen Fragen

Kein Filter

Frage Staatseingriff:

N = 482; Cramer-V = .122 (sig .006)

Bei manchen Einstellungsfragen zeigen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den Befürwortern und Gegnern der KVG-Vorlage oder auch denjenigen, die nicht an der Abstimmung teilgenommen haben. Dies betrifft Fragen zur Aussenpolitik, zur Chancengleichheit und zum Umweltschutz.

Hingegen zeigt sich in der Frage, ob man eher für Staatseingriffe in die Wirtschaft oder für freien Wettbewerb ist, eine signifikante Differenz: Diejenigen, die der KVG-Vorlage zugestimmt haben, tendieren eher zum freien Wettbewerb als diejenigen, die die Vorlage abgelehnt haben. Die Nichtstimmenden platzieren sich zwischen diesen beiden Lagern. Insgesamt präferieren 59 Prozent den freien Markt, selbst unter den Nein-Stimmenden sind es 54 Prozent.

Abb. 35: Einstellungen der Befragten (in Prozent)

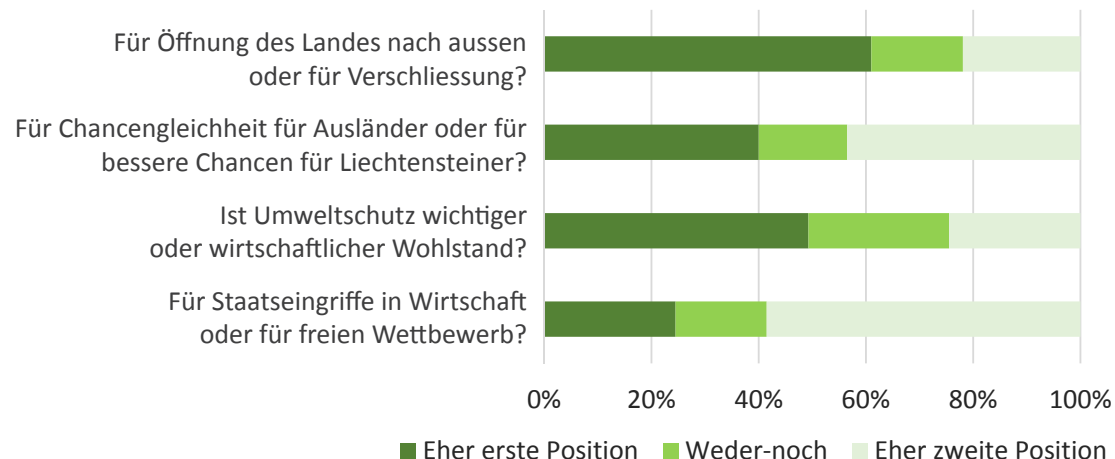
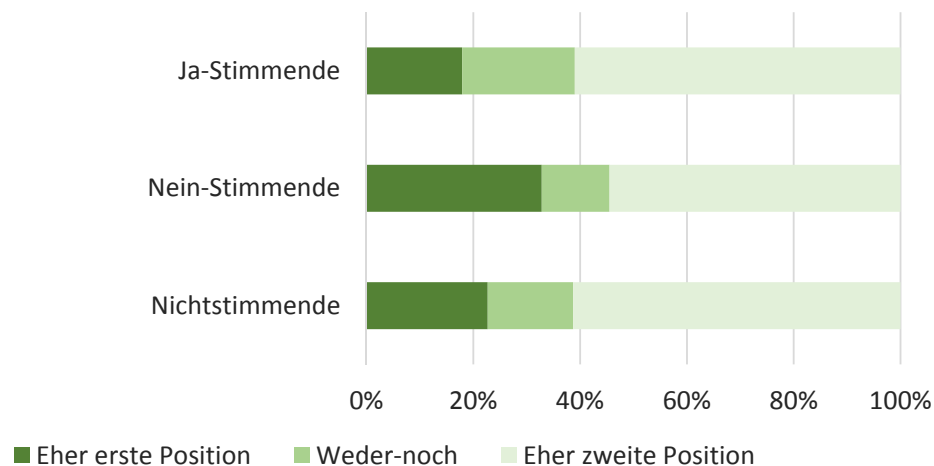


Abb. 36: Für Staatseingriff in Wirtschaft oder für freien Wettbewerb?



Entscheidungszeitpunkt der Abstimmenden

Filter: Nur Zustimmungse und Ablehnende

N = 418 / Cramer-V = .155 (sig .019).

Betreffend politisches Interesse: N = 434 / Cramer-V = .188 (sig .000).

Betreffend Präferenz von Pro- oder Contra-Argumenten: Cramer-V = .261 (sig .000).

Viele Stimmberechtigte bekundeten Mühe mit der Entscheidungsfindung. Rund 30 Prozent der Zustimmungse und 24 Prozent der Ablehnenden bildeten sich ihre definitive Meinung erst in der letzten Woche vor der Abstimmung. Die letztendlich Zustimmungse taten sich insgesamt schwerer, während bei den Ablehnenden immerhin 44 Prozent von Anfang an wussten, wie sie abstimmen würden.

Am längsten brauchten die politisch wenig Interessierten, um sich definitiv zu einem Entscheid durchzuringen: 26 Prozent entschieden sich erst eine Woche vor der Abstimmung, 19 Prozent noch später.

Abb. 37: Entscheidungszeitpunkt der Zustimmungse bzw. Ablehnenden (in Prozent)

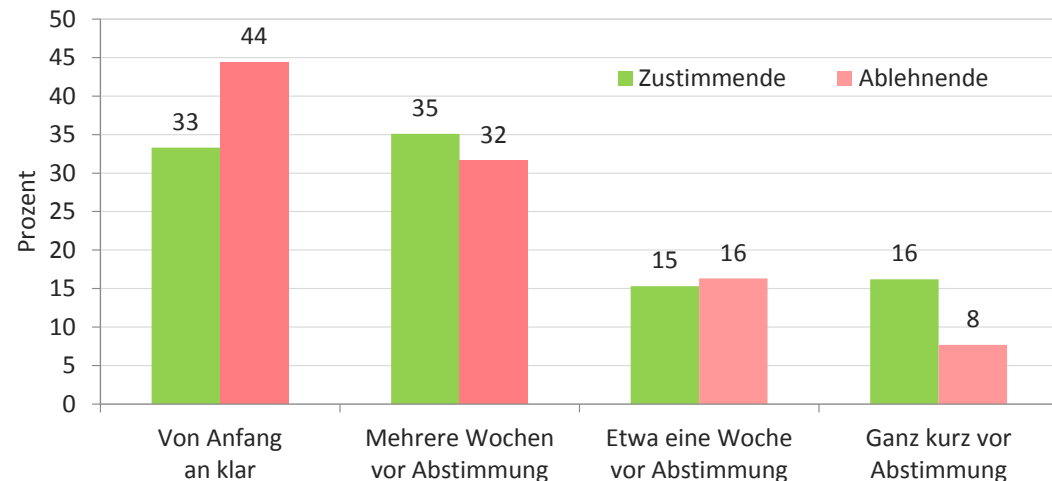
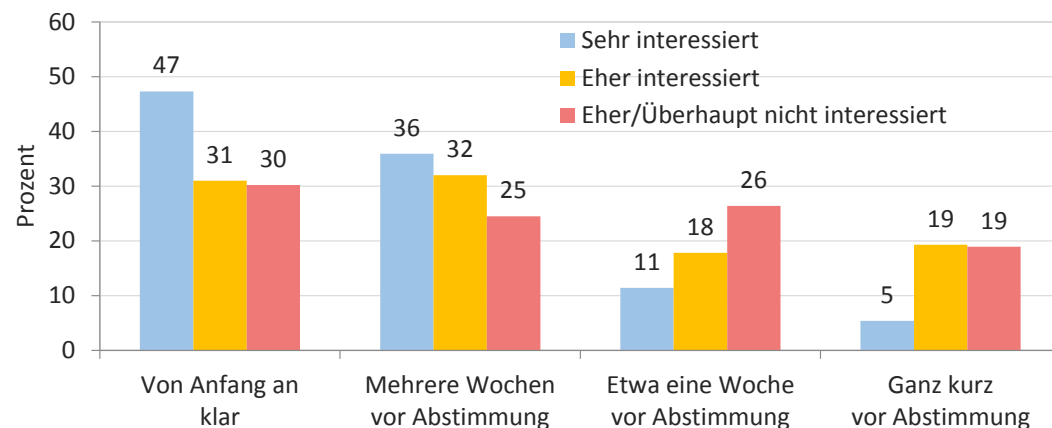


Abb. 38: Entscheidungszeitpunkt nach Interesse an der Politik (in Prozent)



Entscheidungszeitpunkt der Abstimmenden

Die Befragten, für die von Anfang an klar war, wie sie abstimmen würden, lehnten die Vorlage mehrheitlich ab. Die Ablehnenden hatten ihre Meinung also schneller gebildet und stellten daher unter den Frühentschlossenen die Mehrheit. Bei den Spätentschlossenen überwogen dagegen die Zustimmungenden mit 71 zu 29 Prozent deutlich gegenüber den Ablehnenden.

55 Prozent der Befragten, die in der Fragenbatterie zum Argumententest (siehe Ausführungen weiter oben) eine klare Präferenz für die ablehnenden Argumente zeigten, wussten von Anfang an, wie sie abstimmen würden. Bei denjenigen, die am Ende eine klare Präferenz für die Pro-Argumente zeigten, waren sich nur 42 Prozent von Anfang an sicher, wie sie abstimmen würden. Am schwierigsten hatten es diejenigen, die nur moderat die Pro- oder Contra-Argumente favorisierten oder sogar gleich gewichteten: Nur 23 Prozent von ihnen war von Anfang an sicher, wie sie abstimmen würden.

Abb. 39: Zustimmung und Ablehnende nach Entscheidungszeitpunkt (in Prozent)

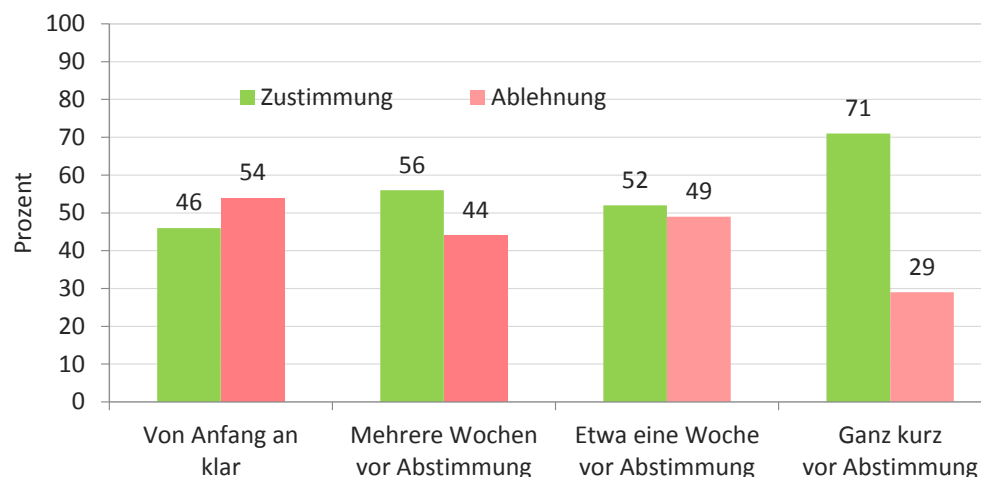
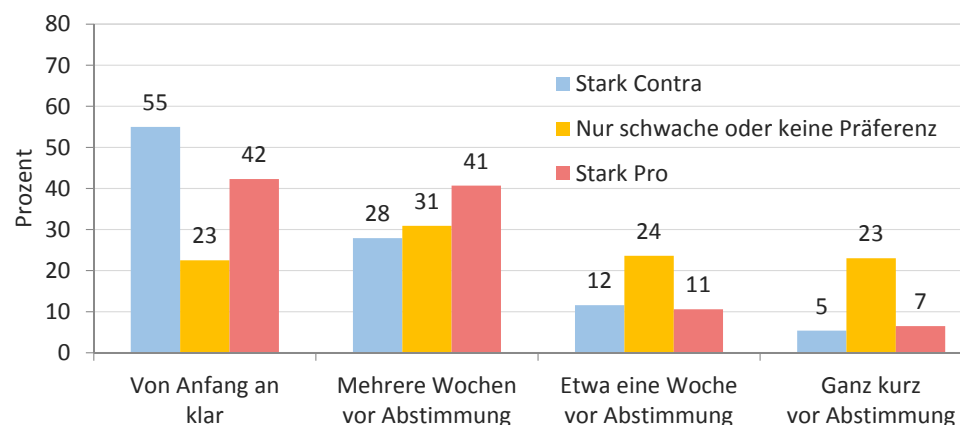


Abb. 40: Entscheidungszeitpunkt nach Favorisierung von Pro- oder Contra-Argumenten (in Prozent)



Entscheidungszeitpunkt der Abstimmenden bei Volksabstimmungen 2011 bis 2015

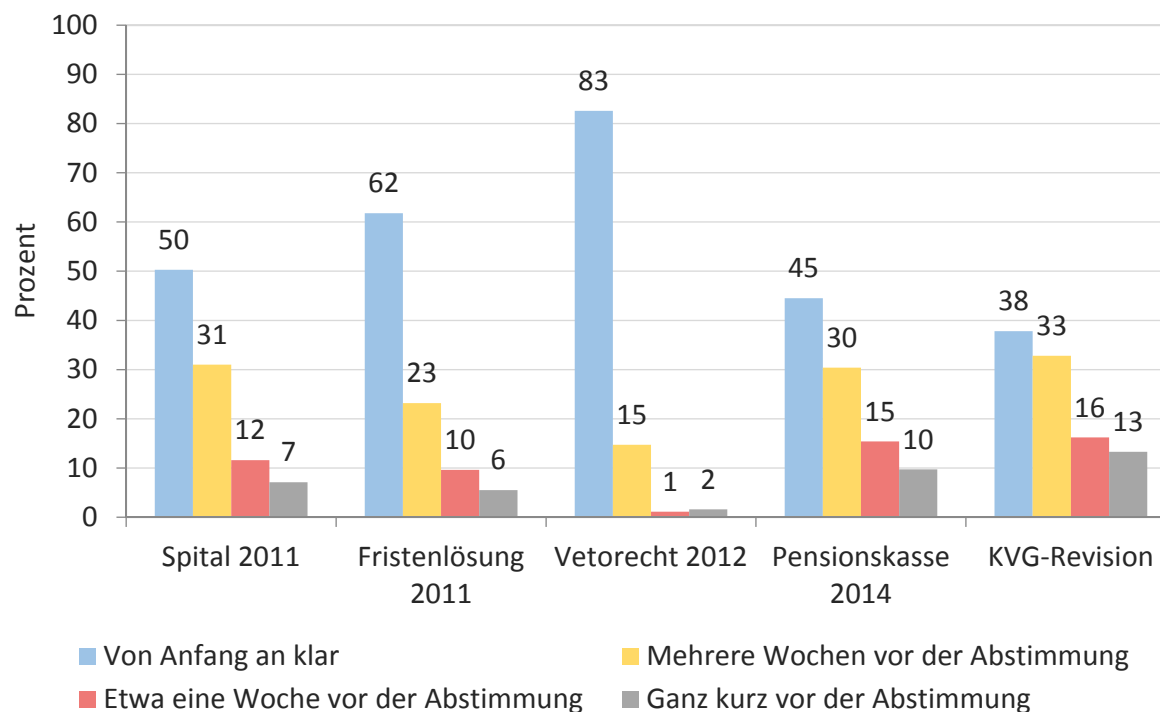
Filter: Nur Abstimmungsteilnehmende

N KVG-Revision = 433

Im Vergleich zu den letzten Volksabstimmungen in Liechtenstein seit 2011 zeigt sich, dass bei der Volksabstimmung über die KVG-Revision für viele bis zuletzt nicht klar war, wie sie abstimmen würden. Knapp 30 Prozent entschieden sich erst in der letzten Woche vor der Abstimmung. Nur 38 Prozent geben an, dass es für sie von Anfang an klar war, wie sie entscheiden würden.

Dies steht in deutlichem Kontrast insbesondere zu den Volksabstimmungen über das Vetorecht (2012) und die Fristenlösung (2011), übertrifft aber auch noch die Schwierigkeit in der Entscheidungsfindung bei den Pensionskasseninitiativen 2014. Während bei manchen Abstimmungen das Ergebnis fast schon von vornherein feststeht – bei der Vetoinitiative 2012 wussten 83 Prozent von Anfang an, wie sie abstimmen würden –, wurde in der KVG-Revision von manchen bis zuletzt um die Entscheidung gerungen.

Abb. 41: Entscheidungszeitpunkt bei Volksabstimmungen seit 2011 (in Prozent)



Wichtigkeit der Informationskanäle

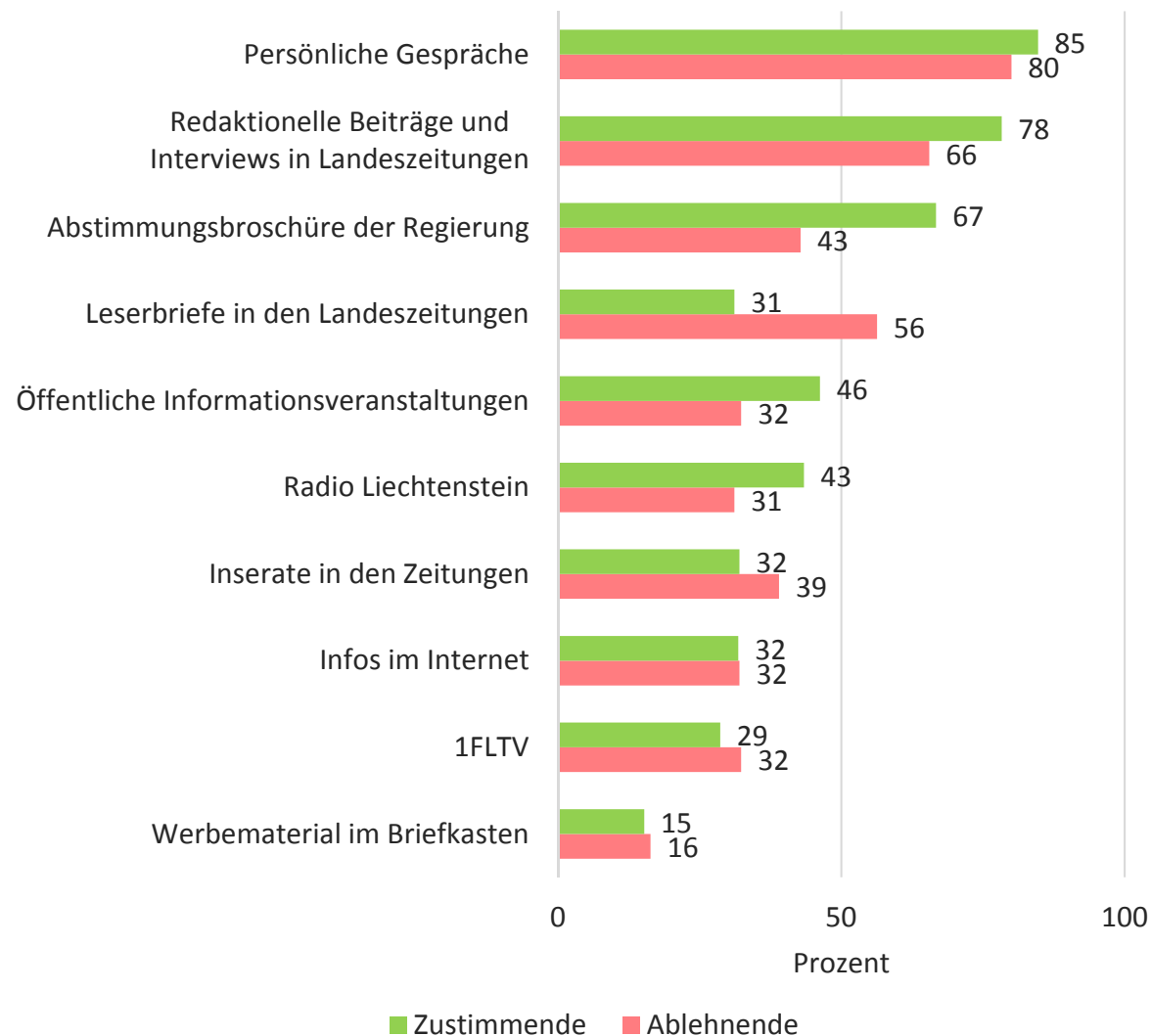
Filter: Nur Zustimmungende und Ablehnende

N = 411 bis 419 / Signifikante Unterschiede bei folgenden Medien: Redaktionelle Beiträge (Cramer-V = .143; sig .004); Leserbriefe (Cramer-V = .255; sig .000); Informationsveranstaltungen (Cramer-V = .141; sig .004); Abstimmungsbroschüre der Regierung (Cramer-V = .240; sig .000); Beiträge Radio L (Cramer-V = .127; sig .010).

Persönliche Gespräche und Beiträge in den Landeszeitungen werden von den Befragten als am wichtigsten für die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung eingestuft. Es folgen die Abstimmungsbroschüre der Regierung und Leserbriefe, ferner öffentliche Informationsveranstaltungen, Beiträge in Radio und Fernsehen, das Internet, Inserate und Werbezusendungen.

Zwischen den Zustimmungenden und Ablehnenden zeigen sich mehrere signifikante Unterschiede im Informationsverhalten. Für die Zustimmungenden waren die Zeitungsbeiträge, öffentliche Veranstaltungen, Beiträge auf Radio Liechtenstein sowie sehr deutlich auch die Abstimmungsbroschüre der Regierung wichtiger als für die Gegner der Vorlage. Diese orientierten sich dagegen stärker als die Befürworter an den Leserbriefen.

Abb. 42: Informationsmittel als «eher wichtig» eingestuft (in Prozent)



Wichtigkeit der Informationskanäle nach Alter

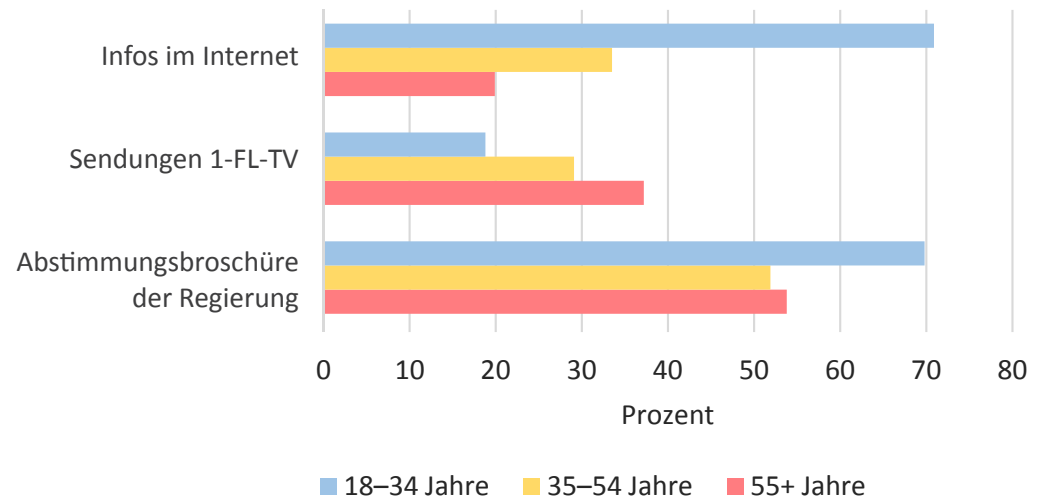
Filter: Nur Zustimmungse und Ablehnende

N = 487-492 / Signifikante Differenzen bei den folgenden: Infos im Internet: Cramer-V = .412; sig .000); Sendungen 1-FL-TV: Cramer-V = 156 (sig .003); Abstimmungsbroschüre der Regierung: Cramer-V .146 (sig .005).

Erwartungsgemäss unterscheidet sich das Informationsverhalten der verschiedenen Altersgruppen. Die deutlichste Differenz zeigt sich in der Bedeutung des Internets als Informationsquelle: Für 71 Prozent war dies in der jüngsten Altersgruppe eher wichtig, in der ältesten nur für 20 Prozent. Weitere signifikante Unterschiede zeigen sich betreffend Sendungen von 1-FL-TV, die mit zunehmendem Alter Beachtung finden, ferner auch bei der Abstimmungsbroschüre der Regierung, die beim jüngsten Segment als wichtiger eingestuft wird als bei den beiden anderen Alterssegmenten.

Bei allen anderen Informationsmitteln zeigt sich kein signifikanter Unterschied zwischen den Altersgruppen.

Abb. 43: Informationsmittel als «eher wichtig» eingestuft, nach Alter (in Prozent; nur Informationsmittel mit signifikanten Unterschieden)



Erwarteter Abstimmungsausgang nach Stimmverhalten

Filter: Ohne Weiss nicht/keine Angabe
N = 471 / Cramer-V = .283 (sig .000)

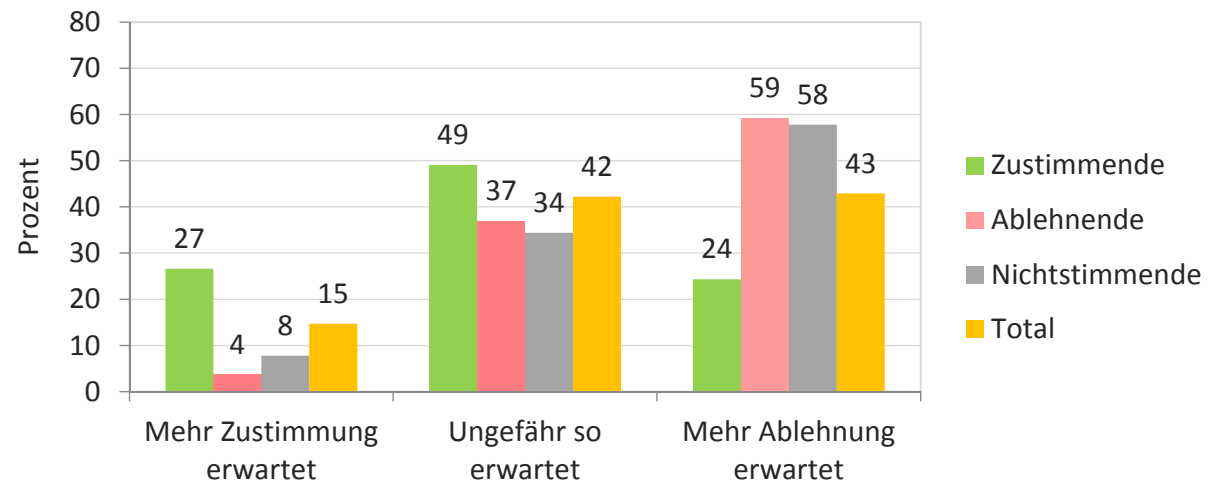
Insgesamt haben 43 Prozent der Befragten mehr ablehnende Stimmen bei der KVG-Abstimmung erwartet, nur 15 Prozent haben eine höhere Zustimmung erwartet. 42 Prozent geben an, dass sie das Ergebnis ungefähr so erwartet haben.

Die Einschätzungen der Zustimmenden und Ablehnenden gehen allerdings weit auseinander. Die Befürworter der KVG-Vorlage haben etwa zur Hälfte das Abstimmungsergebnis so erwartet, je rund ein Viertel hat mehr Zustimmung beziehungsweise mehr Ablehnung erwartet.

Anders sieht es bei den Gegnern der Vorlage aus: Sie haben klar eine grössere Ablehnung der Vorlage erwartet. Fast 60 Prozent haben mehr Ablehnung erwartet, nur 4 Prozent eine stärkere Zustimmung.

Bei den Nichtstimmenden verhält es sich sehr ähnlich: 58 Prozent haben mehr Ablehnung erwartet, nur 8 Prozent mehr Zustimmung.

Abb. 44: Erwartetes Ergebnis für KVG-Vorlage (in Prozent)



WEITERE TITEL IN DIESER REIHE

- Nr. 1/2014 Wilfried Marxer: Volksabstimmung «Pensionskasse Win-Win» und «Win-Win-50» vom 15. Juni 2014. Ergebnisse einer Umfrage.
- Nr. 1/2015 Andreas Brunhart: Liechtensteinische Wachstumsschwäche bei Produktion und Einkommen verschärft sich. Aktualisierte empirische Beobachtungen.
- Nr. 2/2015 Christian Frommelt: 20 Jahre EWR-Abkommen: Wie stehen die Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner heute zum EWR? Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage.
- Nr. 3/2015 Christian Frommelt: 20 Jahre EWR-Abkommen: Wie stehen die liechtensteinischen Unternehmen heute zum EWR? Ergebnisse einer Onlinebefragung.
- Nr. 4/2015 Wilfried Marxer: Wohnen und Leben im Alter. Ergebnisse einer Meinungsumfrage in den Gemeinden Ruggell, Gamprin-Bendern und Schellenberg in der Bevölkerungsgruppe 50+.

Alle Publikationen stehen auf www.liechtenstein-institut.li zum Download zur Verfügung.

